

## Zivilgesellschaft & Entwicklung

2008



VENRO-Jahresbericht 2008

## Inhalt

Editorial HEIKE SPIELMANS UND KIRSTEN PRESTIN	3
<b>Wirkungsbeobachtung statt Kontrolle</b> CLAUDIA WARNING UND CORNELIA FÜLLKRUG-WEITZEL	4
<b>Gastkommentar: Warum Entwicklungspolitik Sinn macht</b> HANS DEMBOWSKI	7
<b>Stillstand statt Fortschritt – Der G8-Gipfel in Japan</b> HEIKE SPIELMANS	9
<b>Der Accra-Prozess aus zivilgesellschaftlicher Sicht</b> BIRTE RODENBERG	10
<b>Doha: Krise als Chance nutzen</b> CHRISTA RANDZIO – PLATH	12
<b>Die Afrika-EU-Partnerschaft: Eine erste Bilanz</b> ANKE KURAT	14
<b>Afghanistan: Ziviler Wiederaufbau statt Soldaten</b> JÜRGEN LIESER UND PETER RUNGE	16
<b>Mehr Transparenz – VENRO-Verhaltenskodex verabschiedet</b> BERND PASTORS UND JANA ROSENBOOM	18
<b>Langer Weg – Gutes Ergebnis</b> IMKE WOLF-DOETTINCHEM	20
<b>Ein Konjunkturpaket für die Inlandsarbeit</b> MONIKA DÜLGE	21
<b>Ostdeutsche NRO stärken</b> ANDREAS ROSEN	22
<b>Kinderschutz in der Entwicklungszusammenarbeit</b> BORIS SCHARLOWSKI UND NINA ERRENS	23
<b>VENRO-Inlandsarbeit</b>	24
<b>Daten + Fakten zu VENRO</b>	25
Mittelherkunft:	26
Mittelverwendung:	27
Bilanz zum 31. Dezember 2007	28
<b>VENRO-Publikationen 2008</b>	29

## Editorial

Das Jahr 2008 war ein Jahr der internationalen Konferenzen und Krisen. Wichtige Meilensteine für mehr Qualität und Quantität in der Entwicklungszusammenarbeit waren die Konferenz zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra im September und die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha Anfang Dezember. Beide Konferenzen, sowie auch der G8-Gipfel in Japan und der MDG-Gipfel in New York, standen im Zeichen von Krisen: Prägten zunächst die Energie- und Nahrungsmittelkrisen die entwicklungspolitischen Diskussionen, war gegen Ende des Jahres die Finanz- und Wirtschaftskrise das beherrschende Thema. Die Auswirkungen der Finanzkrise sind global, aber es sind vor allem die Menschen in Entwicklungsländern, die am meisten unter den Folgen leiden werden, obwohl sie am wenigsten für deren Entstehung verantwortlich sind.

VENRO hat die Konferenzen dazu genutzt, die Bundesregierung an ihre Zusagen für eine effiziente Bekämpfung der weltweiten Armut zu erinnern. Der Verband hat sich auch für eine stärkere Beteiligung der Entwicklungsländer an der Lösung globaler Probleme ausgesprochen. Ein positives Ergebnis der Doha-Konferenz ist, dass die UN im nächsten Jahr eine internationale Konferenz zur Finanzkrise ausrichten wird. Es bleibt Aufgabe der internationalen Zivilgesellschaft darauf zu drängen, dass Wege aus den globalen Krisen gemeinsam mit den Entwicklungsländern gefunden werden.

Positiv ist auch zu bewerten, dass der Entwicklungs- etat 2009 in Deutschland im Vergleich zum Etat 2008 um 12,4 Prozent erhöht wurde. Damit stehen 637 Millionen Euro mehr für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung – eine Steigerung trotz Finanz- und Wirtschaftskrise. Dies ist sicher auch ein Erfolg beharrlicher Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Wenig erfreulich war dagegen die pauschale Kritik an der Entwicklungshilfe, die 2008 erneut aufgeflammt ist. VENRO hat dieser Kritik auf undifferen-

ziertem Stammtischniveau eine klare Absage erteilt und sich in den Streit um die Sinnhaftigkeit der Entwicklungshilfe mit sachlichen Argumenten eingemischt.

Das Jahr 2008 stand bei VENRO auch im Zeichen der Transparenzinitiative, die schließlich zur Erarbeitung eines Verhaltenskodexes für VENRO-Mitglieder führte. Ende des Jahres wurde der Kodex verabschiedet, nach einem breiten und partizipativen Prozess, der zur Stärkung des Verbandes beigetragen hat. Nun werden die Standards in einem zweijährigen Prozess in die Praxis umgesetzt.

Auch für das Jahr 2009 wünschen wir uns eine intensive Zusammenarbeit und lebendige Diskussionen mit unseren Mitgliedern, deren Partnern im Süden, Regierungsvertretern und der Öffentlichkeit, um gemeinsam dem Ziel einer gerechten Welt näher zu kommen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre.

Das Redaktionsteam:

Heike Spielmans  
Kirsten Prestin

**Heike Spielmans** ist Geschäftsführerin von VENRO.



**Kirsten Prestin** ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der VENRO-Geschäftsstelle



## Wirkungsbeobachtung statt Kontrolle

Wie kann die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden? Dieser Frage müssen sich nicht nur staatliche Geber stellen, sondern zunehmend auch zivilgesellschaftliche Organisationen. Cornelia Füllkrug-Weitzel und Claudia Warning äußern sich im folgenden Gespräch zu Wirkung, Wirtschaftlichkeit und Sinn der NRO-Arbeit.

**Staatliche Geber wollen Entwicklungshilfe unter anderem dadurch wirksamer machen, dass sie sich stärker koordinieren und nicht mehr jeder einzeln Pläne und Berichte verlangen. Sollten nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen das auch tun?**

*Warning:* Wenn mehrere NGOs denselben Partner im Süden unterstützen, ist das hilfreich. In jüngster Zeit wird deshalb schon deutlich mehr Aufwand für runde Tische und Koordination betrieben. In Äthiopien haben die sechs größten protestantischen Hilfswerke Europas aus Norwegen, Dänemark, Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland dazu gemeinsam ein Büro bezogen oder sind dabei es zu tun. Wir hatten festgestellt, dass wir bei der Lobbyarbeit und bei der Förderung der Fähigkeiten der Partner (capacity building) zum Teil doppelte Arbeit machten. Auch in Bangladesch und Indien gibt es Abstimmungen zwischen den größeren NGOs. Unter deutschen werden sogar Gelder weitergereicht, wenn eine Organisation ihre Projekte in einem Bereich abgeschlossen hat und eine andere noch Mittel braucht. Das hatten wir kürzlich zwischen der Andheri-Hilfe und der Karl-Kübel-Stiftung.

*Füllkrug-Weitzel:* Allerdings werden ständig neue Organisationen aus der deutschen Bevölkerung heraus gegründet oder als Ableger ausländischer NGOs importiert. Das vermehrt die Zahl der Beteiligten und macht die Koordination immer aussichtsloser. Es hat keinen Sinn, ständig

neue, kleine Organisationen zu gründen und zu glauben, damit würde Wirkung oder Koordination verbessert.

*Warning:* Da bin ich anderer Auffassung. Auch kleinere Organisationen können ihre Berechtigung haben. Viele sind von Leuten gegründet worden, die Ahnung vom Fach haben. Und häufig kommen sie den anderen gar nicht ins Gehege.

*Füllkrug-Weitzel:* Das bestreite ich nicht. Aber um großflächig Wirkung zu erzielen, muss man die Arbeit stärker koordinieren.

*Warning:* Da ist etwas dran. Doch kleinere Organisationen, die meistens nur ein Projekt haben, etwa eine Schule oder ein Krankenhaus, fallen für die Abstimmung, die wir Großen leisten müssen, nicht ins Gewicht. Unter anderem für diese Koordination haben wir ACT Development gegründet, eine weltweite Allianz protestantischer Entwicklungswerke.

**Viele Partner im Süden erhalten von NGOs im Norden Geld für unterschiedliche Zeiträume und mit unterschiedlichen Anforderungen etwa an die Berichterstattung. Was trägt ACT Development zur Milderung dieses Problems bei?**

*Füllkrug-Weitzel:* Wir arbeiten dort an Standards für das Projektmanagement, und zwar von vornherein zusammen mit den Partnern im Süden. Das Ziel ist, die Verfahren zu vereinheitlichen bis zu einer gewissen Grenze, denn über unterschiedliche Anforderungen der staatlichen Geber an von ihnen geförderte NGOs kann man sich nicht hinwegsetzen. Bislang wurde das aber als Ausrede benutzt, um die Harmonisierung nicht weiter zu treiben. Auch wenn man den Besonderheiten der verschiedenen staatlichen Geber Rechnung trägt, könnte man noch viele Standards und Rechenschaftspflichten harmonisieren.

Peru: In einem länderübergreifenden Programm in Lateinamerika "von Bauer zu Bauer" wird das landwirtschaftliche Wissen weiterentwickelt.



*Warning:* Daneben wird überlegt, dass ein Hilfswerk in einem Land die Führung übernimmt für mehrere Geber-NGOs, die ACT-Mitglieder sind. Das wird gerade in Kambodscha ausprobiert, wo das Geld von anderen dort tätigen NGOs über DanchurchAid, das Hilfswerk der dänischen Kirchen, kanalisiert wird. Es koordiniert die Berichterstattung und die Auszahlungspläne. Das hilft den Partnern wirklich. Allerdings ist auch dann noch ein ständiger Abstimmungsprozess nötig. Der Aufwand dafür wird zwar geringer, wenn das funktioniert, aber er entfällt nie ganz. Denn die Verantwortung dafür, wo unser Geld hingehet, nimmt uns niemand ab.

### **Teilen sich die Werke die Arbeit auch nach Sektoren oder Regionen?**

*Füllkrug-Weitzel:* Wir streben an, das gezielter zu tun. Es kann sein, dass sich sowohl die lokalen Partner als auch die Geber bewusst jeweils unterschiedliche Schwerpunkte setzen und auf unterschiedliche Sektoren konzentrieren. Allerdings zerstört Spezialisierung unter Umständen ganzheitliche Förderansätze. Es kann auch sinnvoll sein, dass mehrere Werke gemeinsam ein Projekt fördern, um ihm mehr Durchschlagskraft zu geben oder das Risiko für jedes einzelne Werk zu mindern. Hier werden wir noch geraume Zeit eine Vielfalt von Konzepten ausprobieren müssen, vielleicht auch auf Dauer.

*Warning:* Man muss aber beachten, dass wir damit die Harmonisierungsleistung, die bisher beim Partner lag, auf die Ebene der Hilfswerke verlagern. Das heißt, wir haben deutlich mehr Aufwand für die Abstimmung und müssen zum Beispiel mehr zu Koordinationstreffen reisen.

*Warning:* Der EED und „Brot für die Welt“ haben einige Länder, in denen sie tätig sind, unter sich aufgeteilt. Dieses Modell funktioniert gut.

*Füllkrug-Weitzel:* Wenn die weltweite Zusammenarbeit in ACT-Development besser eingespielt ist, könnte das in der Tat eine Menge Kosten und Arbeit sparen. Das wäre zum Wohl der Partner, weil dann mehr Geld in die Stärkung ihrer Strukturen und in die Projekte selbst fließt.

### **Hat der Versuch, die Hilfe mittels der Paris-Deklaration wirksamer zu machen, in der Praxis für NGOs auch kontraproduktive Effekte?**

*Warning:* Ja. Die Aufteilung der Hilfe nach Sektoren vernachlässigt Schnittstellen wie beispielsweise zwischen Gesundheit und Wasser. Und die Neigung, integrierte Programme zu finanzieren, lässt eindeutig nach. Das Hilfswerk protestantischer Kirchen aus den Niederlanden (ICCO) etwa ist verpflichtet, einen Business-Plan für fünf oder sechs Sektoren zu erstellen, um öffentliche Fördermittel zu bekommen. Die Partner, die in diesen Sektoren nicht arbeiten, werden aussortiert. Dass diese Gefahr besteht, hat mir auch ein Vertreter des BMZ bestätigt. Zur Rahmenplanung



des EED für die nächsten fünf Jahre sagte er: Wunderbar, dass Sie noch integrierte Projekte machen, das ist für uns in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit ein Problem.

*Füllkrug-Weitzel:* Wenn hier nicht gegengesteuert wird, droht ein schwerer Rückschritt. Die integrierte, ganzheitliche Herangehensweise zum Beispiel bei der Dorfentwicklung war ja das Ergebnis eines entwicklungspolitischen Lernprozesses. Das um der Messbarkeit willen wieder zu zerstören, wäre dramatisch.

### **Spüren Sie wachsenden Druck, die Wirkung Ihrer Arbeit nachzuweisen – den Spendern und den staatlichen Gebern?**

*Füllkrug-Weitzel:* Ich spreche lieber von Wirkungsbeobachtung als von Wirkungskontrolle. Denn es geht dabei nicht um Kontrolle, sondern um zwei Elemente: zum einen um „improving“, also Lernprozesse der Zielgruppe, der Partner und bei uns mit dem Ziel, dass die Arbeit effektiver wird; zum anderen um „proving“, die Rechenschaftslegung. Die Spender möchten Transparenz und sie möchten wissen, was mit ihrem Geld bewirkt wird, aber sie wissen in der Regel wenig über Einzelheiten der Wirkungsmessung und haben vermutlich wenig Vorstellung, welche Art von Wirkung gemeint ist. Diese Frage muss man allgemein stellen: Geht es nur um quantifizierbare Werte? Oder geht es auch um die Stärkung der Würde, der Selbstachtung, des Selbstbewusstseins der Schwächsten und den Aufbau ihrer Fähigkeiten? Das ist nicht quantifizierbar, aber für uns ganz entscheidend.

*Warning:* Wer staatliche Zuwendungen erhält, muss in Deutschland nach der Haushaltsordnung ab 2007 die Wirkung und die Wirtschaftlichkeit seiner Arbeit nachweisen. Die Methoden des EED und vieler anderer größerer NGOs entsprechen schon heute im Wesentlichen diesen Anforderungen. Wachsenden Druck spüre ich aber aus der Öffentlichkeit. Er operiert mit der abenteuerlichen Be-

hauptung, dass vierzig Jahre Entwicklungszusammenarbeit nichts gebracht hätten. Aber für Millionen Menschen hat die nichtstaatliche Hilfe die Lebensbedingungen deutlich verbessert. Auch strukturelle Wirkungen lassen sich nachweisen. Wir sind offenbar noch nicht gut genug darin, das, was wir bewirken, in der Öffentlichkeit zu kommunizieren.

*Füllkrug-Weitzel:* Wir haben vor allem deshalb ein Legitimationsproblem und plötzlich eine Wirkungsdebatte, weil staatliche Entwicklungshilfe keinen klar erkennbaren politischen Sinn mehr hat, wie es in den Zeiten des Kalten Krieges der Fall war. Zudem werden die Erfolge von Entwicklung, die Wirkung unserer Hilfe zur Selbsthilfe, permanent aus anderen Politikfeldern untergraben: vom Klimawandel, der Schuldenkrise, der Handelsliberalisierung und so weiter. Wir müssen den schwarzen Peter wieder dorthin schieben, wo er hingehört: zur Frage, ob die Entwicklungspolitik nur ein Alibithema ist oder die anderen politischen Handlungsfelder dem Imperativ der Armutsbekämpfung und der Achtung der Menschenrechte folgen sollten.

### **Was Lobbyarbeit oder der Einsatz für Menschenrechte und sozialen Wandel bewirken, ist aber schwer nachzuweisen, oder?**

*Füllkrug-Weitzel:* Der Versuch, die Wirkung von Lobbyarbeit zu dokumentieren, steht noch am Anfang. Wir stellen uns vor, ihre Effekte permanent zu beobachten und dadurch gegebenenfalls nachzusteuern und sie zu verbessern. Das gibt es bisher sehr selten.

*Warning:* Es ist hier methodisch sehr schwierig, eine Wirkung auf ein bestimmtes Ereignis zurückzuführen und herauszufiltern, was unser Beitrag war. Zudem wollen Verfechter einer sogenannten rigorosen Wirkungsbeobachtung nur statistisch nachweisbare Zusammenhänge als Wirkung gelten lassen. Das ist ein Irrweg. Man muss auch bestimmte Plausibilitäten prüfen können. Wir müssen sicherstellen, dass wir nicht zu Forschungsinstituten mit angeschlossener Projektteilung werden.

### **Führt die zunehmende Betonung von Wirkungsorientierung dazu, dass sich Organisationen auf Projekte konzentrieren, deren Wirkung man relativ leicht belegen kann?**

*Warning:* Ich kenne in Europa zwei protestantische Werke, die in diese Richtung gehen: ICCO und in geringerem Maße DanchurchAid. Da beobachte ich den Trend, sich aus einigen gemeinsamen Finanzierungen, beziehungsweise für allgemeine Kosten des Partners (wie deren Büro), zurückzuziehen. Denn dann kann man einfacher nachweisen, dass der Programmteil, den man finanziert, tatsächlich eine Wirkung erzielt. Diese Tendenzen machen uns Sorgen. Es wird manchmal vergessen, dass zur Erzielung von Wirkung auch ein vernünftiges Management nötig ist, das entsprechend kostet.

### **Wirkungsbeobachtung ist aufwändig. Werden die Anforderungen an die Partner immer höher, während sie immer weniger Geld dafür bekommen?**

*Füllkrug-Weitzel:* Bei „Brot für die Welt“ und ACT Development, wo wir ein Pilotprojekt zur Wirkungsbeobachtung leiten, wollen wir die Methoden und Instrumente einfach und partizipativ gestalten: Sie sollen ohne großen Zusatzaufwand in die tägliche Arbeit integriert werden können und die Partner sollen selbst so viel dabei lernen können, dass Wirkungsbeobachtung nicht eine weitere Last von außen ist, sondern in ihrem eigenen Interesse liegt. Wir wollen auch keine neue, dauerhafte Finanzierungsquelle für die Beraterbranche schaffen. Wir haben darum im ACT-Verbund eine Art Werkzeugkiste zur Wirkungsbeobachtung in der eigenen Organisation zusammengestellt, die lokale Partner und die Bevölkerung nach einer Anschubphase ohne äußere Unterstützung nutzen können, um ihre Arbeit kontinuierlich zu verbessern. Kontrolle spielt dabei eine sekundäre Rolle. Die Partner im Süden haben darauf sehr positiv reagiert. Entscheidend ist, dass ein solches System für sie hilfreich ist. Dann haben sie Verständnis dafür, dass die Geber auch eigene Anforderungen haben und unterstützt werden müssen, sie zu erfüllen. Ein stärkeres Kontrollelement einzuführen, das flächendeckend sein müsste, wäre teuer, in einer Reihe von Projekten sinnlos und vermutlich auch nicht zwingend wirksam, denn jede Kontrolle kann man umgehen. Selbstverbesserungsanreize sind unter Umständen viel wirksamer.

*Warning:* Wir werden Aufwand betreiben müssen, um uns über den Zweck und das Vorgehen bei der Wirkungsbeobachtung zu verständigen. Aber danach wird sich der Aufwand in Grenzen halten und auf jeden Fall rechnen. Wenn man mittels Wirkungsbeobachtung frühzeitig Fehlentwicklungen entdeckt, spart man ja an der Stelle wieder ein.

Auszüge aus einem Gespräch in "welt-sichten" Nr. 12/2008-1/2009, Dezember 2008 ([www.welt-sichten.org](http://www.welt-sichten.org)). Das Gespräch führten Bernd Ludermann und Gesine Wolfinger.

**Cornelia Füllkrug-Weitzel** ist Direktorin für Ökumenische Diakonie im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)



**Dr. Claudia Warning** ist VENRO-Vorstandsvorsitzende und Vorstandsmitglied im Evangelischen Entwicklungsdienst (EED)



## Gastkommentar: Warum Entwicklungspolitik Sinn macht

William Easterly gehört zu den Intellektuellen, die sich gern skeptisch über Entwicklungspolitik äußern. Der Professor von der New York University stand als Ökonom anderthalb Jahrzehnte lang im Dienst der Weltbank – und sein Lieblingsthema ist heute das Scheitern seines Berufsstandes, der Entwicklungsexperten.

Nachdem die Growth Commission, die für die Weltbank erörtert hatte, wie Wirtschaftswachstum in armen Ländern entsteht, im vergangenen Jahr ihren Abschlussbericht vorgelegt hatte, spottete Easterly, das Papier zeuge nur von Ratlosigkeit. Diese Art von Expertentum sei verzichtbar. Stattdessen empfahl er Friedrich von Hayeks Erkenntnis, dass „Freiheit“ die Grundlage erfolgreichen Wirtschaftens sei.

In der Tat hat die Growth Commission kein Patentrezept abgegeben. Aber sie hat die Rolle des Staates analysiert und ist dabei zu anderen Ergebnissen gekommen, als marktradikale Liberale das gewöhnlich tun. Sie bestätigte nicht die Programmatik, welche die Weltbank zu Easterlys Zeiten beschwor, sondern betonte Regierungsaufgaben. Dazu gehört unter anderem

- dafür zu sorgen, dass die heimische Industrie dank Innovation und Imitation wettbewerbsfähig wird und bleibt,
- durch breite Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt Akzeptanz für ökonomisch sinnvolle Reformen zu schaffen
- und ausreichend in Infrastrukturen und Fachwissen zu investieren.

Das ist etwas anderes als die Standardbotschaft von Hayek-Adepten, dem Markt freies Spiel zu lassen. Diese Ideologie hat sich mit dem Kollaps an der Wall Street selbst ad absurdum geführt – Weltbankpolitik prägte sie in den späten 80er und frühen 90er Jahren. Danach orientierte sich die Bank um – unter anderem, weil das nötig war, um asiatische Entwicklungserfolge vom kleinen Singapur bis hin zum riesigen China zu verstehen.

Dass Entwicklung nicht überall so gelingt, wie sich das Entwicklungsplaner wünschen, hat viele Gründe. Die Welt ist kompliziert und viele Faktoren spielen eine Rolle – von unfairen Agrarsubventionen über korrupte Politiker bis hin zu Rohstoff- und Energieinteressen. Militärische Allianzen und Aktionen wirken sich aus und der globale Klimawandel ebenfalls.

Dennoch ist die Neigung verbreitet, allein der Entwicklungspolitik die Verantwortung für das Fortbestehen



Tansania: Der Bau von Biogasanlagen ist in der Region um Dodoma/Tansania eine der Maßnahmen, um den Raubbau an der Natur zu stoppen.

von Armut auf dieser Welt zuzuschieben. Dass nach Jahrzehnten der staatlichen Entwicklungshilfe immer noch Elend und Not in vielen Weltgegenden herrschen, verleitet Leute wie Easterly zu der Forderung, derartige Bemühungen am besten ganz einzustellen.

Das ist absurd. Genauso gut könnte man mit dem Argument, dass in der Bundesrepublik seit den 70er Jahren millionenfache Arbeitslosigkeit herrscht, die Abschaffung der Bundesministerien für Wirtschaft und für Arbeit und Sozialordnung fordern. Oder haben sie etwa nicht offenkundig versagt? Auf der Welt gäbe es nur noch wenige Finanzminister, wäre die Vorlage ausgeglichener Haushalte ihre Daseinsberechtigung.

Fachpolitik kreist immer um große, ungelöste und teils sogar unlösbare Probleme. Das Ende der weltweiten Armut wäre ein Grund, die Entwicklungspolitik abzuschaffen. Solange das nicht der Fall ist, werden wir über ihre Mittel, Methoden und Rahmenbedingungen diskutieren müssen und darüber, wie andere Politikfelder ihre Erfolgchancen unterminieren. Aber dass etwas getan werden muss, ist offensichtlich.

Dr. Hans Dembowski ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation. Dieser Kommentar beruht auf einem Artikel in der Oktoberausgabe der Zeitschrift.







## Stillstand statt Fortschritt – Der G8-Gipfel in Japan

„Haltet die Versprechen von Gleneagles und Heiligendamm und bringt endlich die weltweite Armutsbekämpfung voran“, forderte VENRO zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus aller Welt von den Teilnehmern des G8-Gipfels, der vom 7. bis 9. Juli 2008 in Japan stattfand. Diese Botschaft wurde von 10.000 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt, die im Vorfeld des Treffens der wichtigsten Industriestaaten auf „Wunschzetteln“ die Bundesregierung aufgefordert hatten, ihre ehrgeizigen Ziele zur Bekämpfung weltweiter Armut einzuhalten.

Nach dem Vorbild der japanischen Tradition Tanabata hatte die von VENRO und Herbert Grönemeyer getragene Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ die Wünsche gesammelt und diese am 3. Juli vor dem Kanzleramt präsentiert. Herbert Grönemeyer sprach von einem „Harakiri für die Glaubwürdigkeit“, sollten die G8-Staaten ihre Zusagen nicht einhalten.

Vertreter von VENRO brachten die Wünsche und Forderungen gegenüber dem Persönlichen Beauftragten der Bundeskanzlerin für den G8-Prozess, Staatssekretär Dr. Bernd Pfaffenbach, zum Ausdruck.

Auf dem G8-Gipfel in Gleneagles 2005 verständigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einige Maßnahmen, um die extreme globale Armut zu bekämpfen. Sie versprachen, den Welthandel gerechter zu gestalten, mehr Geld für humanitäre Vorhaben bereitzustellen und Maßnahmen gegen den Klimawandel einzuleiten. Zudem sagten die Staats- und Regierungschefs zu, ihre Entwicklungshilfe deutlich zu erhöhen. Demnach soll im Jahr 2010 die jährlich von allen OECD-Staaten zur Verfügung gestellte Entwicklungshilfe um 50 Milliarden US-Dollar über dem Wert des Jahres 2004 liegen. Die Hilfe für Afrika soll verdoppelt werden.

Tatsächlich sind die weltweiten Entwicklungshilfeleistungen in den vergangenen Jahren jedoch gesunken: von 2005 auf 2006 um fünf Prozent, von 2006 auf 2007 sogar um acht Prozent. Die G8 reduzierten ihre Leistungen jeweils überdurchschnittlich um neun beziehungsweise 14 Prozent. Deutschland bildet im Kreis der G8 zwar eine Ausnahme, seine Steigerungen der öffentlichen Entwicklungshilfe sind aber weiterhin viel zu gering, um die versprochene ODA-Quote von 0,51 Prozent im Jahr 2010 und 0,7 Prozent im Jahr 2015 auch nur annähernd zu erreichen. Wenn die reichen Länder ihre Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit nicht radikal anheben, werden

sie ihre in Gleneagles gemachten Versprechen nicht einhalten.

Das Ergebnis des G8-Gipfels 2008 stellte jedoch wieder einmal nur einen Minimalkonsens dar. Nach intensiven Verhandlungen bis zur letzten Minute bekräftigt das Kommuniqué das Ziel von Gleneagles, bis zum Jahr 2010 50 Milliarden US-Dollar zusätzlich an Entwicklungshilfe zu leisten, die Hälfte davon für Afrika. Allerdings wird nicht klar, wer welche Schritte tun wird, um den seit 2006 anhaltenden Rückgang der Entwicklungshilfe insgesamt umzukehren. Thema war auch die Nahrungsmittelkrise: Hier weigern sich die G8 weiterhin, ihre Mitverantwortung für die Krise anzuerkennen und ihre verheerende Agrarpolitik zu ändern.

Auf dem G8-Gipfel in Japan durften, ähnlich wie 2007 in Heiligendamm, Vertreter aus Schwellenländern wie China, Brasilien, Mexiko, Südafrika und Indien an einzelnen Gesprächsrunden teilnehmen. Auch einige Staatschefs aus Afrika waren eingeladen. Angesichts rasanter globaler Veränderungsprozesse wird allerdings immer deutlicher, dass der exklusive Zirkel der G8-Länder nicht in der Lage ist, Lösungen ohne neue Partner und Strukturen zu finden. Die globale Finanzkrise hat dies nochmals besonders eindrücklich zum Ausdruck gebracht.

Heike Spielmans ist VENRO-Geschäftsführerin.



## Der Accra-Prozess aus zivilgesellschaftlicher Sicht



Marktfrau in Accra

Die Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Millenniumsziele (MDG) war ernüchternd: Allein die Region Subsahara-Afrika wird als Ganzes voraussichtlich kein einziges der MDG fristgerecht bis 2015 erreichen. Vor dem Hintergrund dieser schleppenden Umsetzung wird die Kluft sichtbar, die in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit besteht. Denn gleichzeitig zu den Armutszahlen steigen auch die Ansprüche an die Konzepte und Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Ein ‚Mehr‘ an Entwicklungshilfeinsätzen ist jedoch keine Lösung für die umfassende Armutsbekämpfung in den Ländern des Südens. Vielmehr belastet eine ausufernde Bearbeitungs- und Berichtspflicht durch die Partnerländer. Denn sowohl die staatlichen als auch die zivilgesellschaftlichen Akteure werden immer zahlreicher, wohingegen die von ihnen finanzierten Maßnahmen eher kleiner werden.

Vom 2. bis 4. September 2008 fand deshalb in Ghanas Hauptstadt Accra das dritte hochrangige Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit statt. An der internationalen Konferenz hatten über 1.000 Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsländern und Geberorganisationen der OECD, zahlreiche Ländervertreter des Südens sowie 80 Repräsentanten der internationalen Zivilgesellschaft teilgenommen. Ziel war es, die Umsetzung der fünf Prinzipien zur Partnerschaftsverpflichtung, die in der Paris Declaration on Aid Effectiveness (2005) festgehalten sind, zu überprüfen. Weitere Schritte auf dem Weg zur Stärkung der Führungsrolle der Partnerländer durch verstärkte Koor-

dinierung der Geberpolitik und deren Ausrichtung an den Prioritäten, Strategien und Ländersystemen der Partnerländer sowie einer besseren, gegenseitigen Rechenschaftslegung der Regierungen sollten im Accra-Aktionsplan (Accra Action Agenda, AAA) festgelegt werden.

Zuvor fand ein zweitägiges Forum der Zivilgesellschaft statt, auf dem eigene Positionen verabschiedet und für die Lobbyarbeit der CSO-Delegierten abgestimmt wurden. Mit über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am zivilgesellschaftlichen Forum in Accra erfuhr die Diskussion um eine bessere Entwicklungspolitik zuletzt eine unerwartet hohe Aufmerksamkeit in der gesamten internationalen Gemeinschaft. Neben der exzellenten inhaltlichen Vorbereitung durch die International Steering Group führte dies auch dazu, dass die Stimme der Zivilgesellschaft in den offiziellen Verhandlungen der Gebergemeinschaft gehört und – zumindest teilweise – in der AAA berücksichtigt wurde.

### Better Aid – für eine bessere Entwicklungshilfe

Mit dem Anfang 2008 verfassten Positionspapier „Better Aid“ – für eine bessere Entwicklungshilfe – ist es der Steuerungsgruppe nicht nur gelungen, die Schwächen der Pariser Prinzipien für mehr „Effizienz der Hilfe“ (aid effectiveness) zu benennen, sondern die unabhängigen Positionen entwicklungs- und globalisierungskritischer NRO aus Nord und Süd zu einem umfassenden Leitfaden einer wirksamen Entwicklungsagenda (development effectiveness) zusammenzuführen. Die weitreichenden Empfehlungen zur Stärkung der Menschenrechte als politisches Leitbild, zur Stärkung demokratischer Eigenverantwortung der Länder des Südens (democratic ownership), zur Abschaffung jeglicher Konditionalitäten und Auflösung von Lieferbindungen, zur überprüfbaren Rechenschaftspflicht und internationalen Transparenz insbesondere des Geberverhaltens, waren auch im nachfolgenden Doha-Prozess zur Entwicklungsfinanzierung ein wichtiger Leitfaden für die zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Auch VENRO hat das Better-Aid-Papier unterstützt und sich darüber hinaus mit eigenständigen Positionen an dem zivilgesellschaftlichen Accra-Prozess beteiligt, etwa in dem Positionspapier: „Armutsbekämpfung als Ziel der neuen Entwicklungsarchitektur stärken“. Dabei hat VENRO

1. Alle offiziellen Dokumente unter [www.accralhif.net](http://www.accralhif.net)
2. Siehe [www.betteraid.org](http://www.betteraid.org)



In Sri Lanka demonstrieren Frauen für Bürgerrechte.

betont, dass trotz des berechtigten Harmonisierungsanspruchs an die EZ die Vielfalt der Entwicklungszusammenarbeit erhalten bleiben muss und die Prinzipien der Pariser Erklärung nicht direkt und verpflichtend auf die von NRO geleistete entwicklungspolitische Arbeit übertragen werden dürfen. Vielmehr müssen die vielfältigen Potenziale, über die insbesondere lokal eingebettete, zivilgesellschaftliche Entwicklungs- und Partnerorganisationen verfügen, durch Abstimmung vor Ort genutzt und nicht gestutzt werden. Auf der hochrangigen Konferenz war VENRO durch Peter Lanzet vom eed in der Regierungsdelegation vertreten und konnte diese und andere Positionen einbringen.

### Geschlechtergerechte EZ gefordert

Doch der Selbstorganisationsprozess der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Accra hat nicht für alle Beteiligten gleichermaßen Früchte getragen. Zwar wurden die vielfältigen Stimmen von den Regierungen gehört und flossen zum Teil auch in das Schlussdokument mit ein. Das Anliegen einer geschlechtergerecht wirksamen Entwicklungszusammenarbeit, das internationale Frauenorganisationen vertreten haben, konnte nur bedingt in der Accra Action Agenda (AAA) gestärkt werden. Zwar waren alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, Frauen eingeschlossen, dahingehend erfolgreich, dass sich Geber und nationale Regierungen nunmehr verpflichten, ihre Politiken und Hilfsprogramme in Übereinstimmung zu internationalen Verpflichtungen zu gestalten. Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Geschlechter werden darin als wesentlicher Pfeiler einer armutsorientierten Entwicklungshilfe anerkannt – ein wichtiger Schritt in Richtung einer wirksamen Entwicklungsagenda, die sich an der Achtung internationaler Menschenrechtsstandards, sozialer Gerechtigkeit und politischer Transparenz orientiert. Mit direktem Gender-Bezug findet sich aber in der AAA konkret nur noch die Ankündigung, für Entwicklungsstrategien zukünftig geschlechtsspezifisch disaggregierte Daten einzubeziehen – eine alte, schon in der Aktionsplattform von Peking festgelegte Selbstverpflichtung, die nichts darüber aussagt, ob diese Daten auch für das Anliegen Geschlechtergerechtigkeit ausgewertet werden. Auch bringen die anderen Errungenschaften von

Accra nur begrenzt Fortschritte für Geschlechtergerechtigkeit. So bedeutet zum Beispiel die Aufwertung der Parlamente durch Ausweitung ihrer Kontrollfunktion und der Vorrang der demokratischen Rechenschaftspflicht gegenüber Parlamenten und Bürgern bei der Verwendung öffentlicher Ressourcen nicht „automatisch“, dass auch Geschlechterinteressen vertreten werden – so lange allein der Anteil von Frauen an nationalen Parlamenten im weltweiten Durchschnitt bei rund 18 Prozent liegt.

### Blick nach Peking

Im Sinne einer ganzheitlich wirksamen Entwicklungszusammenarbeit kommt es für die zivilgesellschaftliche Gemeinschaft und auch für die VENRO-Mitgliedsorganisationen nun auf den Blick nach vorne an: Im fortlaufenden Umsetzungsprozess der AAA und in Vorbereitung des vierten High Level Forums (HLF 4), das 2011 voraussichtlich in Peking stattfinden wird, muss ebenfalls eine bedeutungsvolle Beteiligung von Zivilgesellschaft sichergestellt werden, so dass weiterhin auch die vielfältigen, kritischen Perspektiven auf die Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit Eingang in die offiziellen Debatten finden. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die zukünftig ebenfalls effektivere Partnerschaften zwischen Nord und Süd sowie Süd-Süd-Vernetzungen entwickeln wollen, brauchen dafür auch die finanzielle Unterstützung von Gebern. Auf europäischer Ebene gilt es nun, die offiziellen Gespräche zur Arbeitsteilung innerhalb der EU im Auge zu behalten und dafür Sorge zu tragen, dass Armutsbekämpfung und Menschenrechte als zentrale Pfeiler der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden.

**Dr. Birte Rodenberg** ist Soziologin und arbeitet als freie entwicklungspolitische Gutachterin.





Die Hauptstadt des arabischen Emirats Katar: Doha

## Doha: Krise als Chance nutzen

Unter ungünstigen Umständen startete in Doha im arabischen Emirat Katar vom 29. November bis 2. Dezember 2008 die zweite UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung. Die aktuelle Energie- und Nahrungsmittelkrise belastet die Entwicklungsländer stark. Trotz aller Anstrengungen werden voraussichtlich mehr Menschen in absoluter Armut leben als bisher angenommen. Hinzu kommt die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sowohl die Entwicklungsländer als auch die Industrieländer trifft. Hinderlich war auch, dass die amerikanische Regierung nach den Neuwahlen „nicht mehr“ beziehungsweise „noch nicht“ wieder handlungsfähig war. Deshalb ist schon die Bestätigung des Konsensus von Monterrey durch die Abschlusserklärung in Doha als Erfolg für die UN-Konferenz zu werten. Im mexikanischen Monterrey fand 2002 die erste Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung statt, die das 0,7 Prozent-Ziel erneut bestätigte. Vor allem die G 77, unterstützt von der Europäischen Union, hatten auf der Durchführung der Doha-Konferenz bestanden.

### Neue Weltfinanzordnung

Die Zivilgesellschaft hoffte, dass in Doha neue Wege der Entwicklungsfinanzierung vereinbart werden. In der Krise wurde eine Chance gesehen: Wenn schon Hunderte von Milliarden Dollar für die Rettung des Finanzsektors in vielen UN-Staaten bereitgestellt werden, warum sollten vergleichbare Summen nicht zur Bekämpfung der absoluten Armut und der Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) zur Verfügung stehen? Schließlich reichen 30 Milliarden US Dollar jährlich aus, um die absolute Armut zu bekämpfen. Die internationale Zivilgesellschaft forderte auf ihrem der UN-Konferenz vorgeschalteten Forum im Konsens eine Abkehr von der jetzigen Weltfinanzordnung und einen Neubeginn internationaler Zusammenarbeit. Vor allem die Entwicklungsländer sollten im gesamten Prozess und im Rahmen der Vereinten Nationen stärker einbezogen werden. Am ersten Konferenztag erhielt die Zivilgesell-

schaft Rederecht unmittelbar nach der Rede des Präsidenten der UN-Vollversammlung. Viele Delegationen zählten Vertretungen der Zivilgesellschaft als Mitglieder. Viele Redebeiträge bezogen sich auf das Positionspapier der Zivilgesellschaft, die auch unmittelbar die Verhandlungen verfolgen konnte. Es herrschte ein hohes Maß an Transparenz.

### Die wichtigsten Ergebnisse der UN-Konferenz:

- Der Monterrey Konsensus wurde bestätigt. Die Finanzierung von Entwicklung wird als gemeinsame Verantwortung der Industrie- und Entwicklungsländer gesehen. Die Stufenpläne für die ODA-Erhöhung wurden bestätigt, Zeitpläne wurden von allen Staaten gefordert. Erfreulich ist, dass sich die Abschlusserklärung auf die „Accra Agenda for Action“ bezieht und ihr damit den Rang einer UN-Entscheidung einräumt.
- Die Mobilisierung einheimischer Ressourcen hatte einen hohen Stellenwert. Zwar gelang die Problematisierung von Steuer- und Kapitalflucht. Allerdings konnte die UN-Expertengruppe zu Steuern nicht zu einem Steuer Ausschuss aufgewertet werden. Die verstärkte Steuerkooperation fand genauso wenig Eingang in die Abschlusserklärung wie der Vorschlag des BMZ, einen Global Tax Compact zu vereinbaren. Der UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) wurde beauftragt, institutionelle Fragen zu lösen und gegebenenfalls die institutionelle Aufwertung der Expertengruppe Steuern vorzuschlagen.
- Keine Änderungen gab es an der neoliberalen Handschrift des Kapitels zur Mobilisierung internationaler Ressourcen. Ausländische Direktinvestitionen und andere private Kapitalströme werden im Gegensatz zur kritischen Position der Zivilgesellschaft ausschließlich unkritisch und positiv für Entwicklung gesehen.
- Der internationale Handel wird nach wie vor als Motor zu Entwicklung gesehen, ohne die Forderung nach entwicklungsfreundlicher Gestaltung der Handelsbeziehungen.
- Zum Schuldenerlass gab es weder einen Durchbruch in Bezug auf die Streichung illegitimer Schulden noch in Bezug auf das Insolvenzverfahren. Allerdings gab es Zugeständnisse zum Schuldenmanagement, zur Gleichbehandlung aller Gläubiger sowie Fortschritte für Überlegungen zu neuen Mechanismen zur Schuldenrestrukturierung.
- Innovative Finanzinstrumente werden wohlwollend betrachtet, weil sie zusätzliche und freiwillige Engagements

sind. Sie waren ein wichtiges Thema auf den Begleitveranstaltungen zur Konferenz. Hierbei spielte die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle.

- Die systemischen Fragen waren der Zivilgesellschaft zu dürftig, hatten aber angesichts der Energie-, Nahrungsmittel-, Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise keine großen Chancen. Das galt für den Emissionshandel: keine Zusage zur Nichtanrechnung bei der ODA-Quote, wie für das Verhältnis des G-20-Prozesses zur Rolle der UN. Es gelang nicht, die Gender-Frage zu einer systemischen Frage zu qualifizieren. Dafür wurden Geschlechtergerechtigkeit und die Stärkung der Rolle von Frauen in den Abschlussverhandlungen qualitativ und quantitativ aufgewertet, erhielten eigene Paragrafen und wurden an vielen Stellen in anderen Paragrafen ausdrücklich erwähnt. Die Finanzierungskonzepte müssen dieses MDG berücksichtigen. Insbesondere die Entwicklungsländer wehrten sich gegen die Einbeziehung der Genderaspekte, weil sie hierin den Sozialklauseln vergleichbare Konditionalitäten der Industrieländer zu ihren Lasten sahen. Die internationale Zivilgesellschaft hat mit ihrem Lobbying erheblich zur Veränderung beigetragen.
- Die UN erhielten nach heftigen Auseinandersetzungen mit den USA den Auftrag, eine internationale Konferenz zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer zu organisieren. Auch wurde vereinbart, die Beschlüsse von Doha ständig zu überprüfen. An diesem Überprüfungsprozess sollen alle Akteure beteiligt werden, auch die Zivilgesellschaft. Eine Nachfolgekonzferenz von Doha ist 2013 möglich.

Schon heute muss die Zivilgesellschaft an der Umsetzung der Abschlusserklärung von Doha arbeiten und Regierungen drängen, trotz der Krisen zu den Vereinbarungen zu stehen. Es gilt insbesondere eine gemeinsame Position für die UN-Konferenz zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer zu formulieren, Vorschläge zu einer entwicklungsländerfreundlichen Weltfinanzordnung zu machen und dazu beizutragen, dass die Europäische Union mit einer Stimme spricht.

**Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath** ist stellvertretende VENRO-Vorsitzende und Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins.



## Die Afrika-EU-Partnerschaft: Eine erste Bilanz

Gut ein Jahr ist vergangen, seitdem die neue Afrika-EU-Partnerschaft – eine Gemeinsame Entwicklungsstrategie, die insgesamt acht Aktionspläne umfasst – auf dem Gipfel in Lissabon im Dezember 2007 aus der Taufe gehoben wurde. Die Spannbreite reicht vom Klimawandel über die Migrationsflüsse, die Sicherheitslage, die Energieversorgung, bis zu den Handelsbeziehungen. Die Euphorie des Gipfels ist inzwischen aus den Medien und der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden. Zur Umsetzung der Strategie sind neue Strukturen erforderlich.

### Schleppender Fortschritt

Fast ein Jahr hat es gedauert, um in Europa hierfür die notwendige institutionelle Basis zu schaffen. Für alle Partnerschaften wurden so genannte Implementierungsteams eingerichtet. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich die Federführung für die acht Aktionspläne untereinander aufgeteilt. Die Bundesregierung engagiert sich vor allem bei der Energiepartnerschaft und beim Aktionsplan zu „Governance und Menschenrechten“. Die afrikanischen Länder duplizieren diese Struktur in Afrika, um dann in den informellen Gemeinsamen Expertengruppen („Joint Expert Groups“) zusammenzutreffen, die den Prozess thematisch bearbeiten. Obwohl der Zivilgesellschaft innerhalb der Gemeinsamen Partnerschaft eine wichtige Rolle zugewiesen wird, läuft die Beteiligung in Europa bisher nur schleppend an. In Afrika ist sie kaum existent. Inhaltlich schauen die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten in erster Linie, welche bereits bestehenden Programme unter das Dach der Afrika-EU-Strategie passen. Mit zusätzlichen Finanzierungszusagen hält man sich eher zurück.

### Skepsis bei der Zivilgesellschaft

Wen wundert es also, dass die Bewertungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen – vor allem in Afrika – bezüglich der neuen Partnerschaft eher nüchtern ausfallen. Anlässlich einer Auswertungskonferenz der französischen NRO mit afrikanischen Partnern sagte ein Vertreter: „Kaum hat man mit der Umsetzung eines Dokuments begonnen, gibt es schon wieder ein neues.“ Angespielt hat er damit auf das Cotonou-Abkommen von 2000. Die Beteiligung der afrikanischen Zivilgesellschaft soll über den Wirtschafts-, Sozial- und Kulturausschuss der Afrikani-

schen Union (ECOSOCC) abgewickelt werden. Auch hier äußern sich die afrikanischen und ihre europäischen Partner eher skeptisch. Es mangelt an Transparenz und Transfer von Informationen. Insgesamt fehlt ein Überblick, welche Organisationen überhaupt zu den Themen der Afrika-EU-Partnerschaft arbeiten.

### Ambivalentes Verhältnis

Aber auch für die Zivilgesellschaft ist der Umgang mit der Afrika-EU-Partnerschaft ambivalent. Positiv ist, dass die Zivilgesellschaften in Afrika und Europa als wichtige Akteure im Text und den Aktionsplänen genannt werden. Von der Zivilgesellschaft wird jedoch erwartet, dass sie in den Gemeinsamen Expertentreffen in erster Linie ihre Expertise einbringt. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben das Strategiedokument jedoch nicht unterzeichnet. In der Entstehungsphase der Partnerschaft waren die Stimmen aufgrund der sehr kurzen Konsultationsphase verglichen mit den ambitionierten Zielen eher distanziert.

### Rückschlag für die Zivilgesellschaft in Äthiopien

Die aktuelle Verschärfung der NRO-Gesetzgebung in Äthiopien zeigt sehr deutlich, wie weit Realität und Anspruch auseinanderklaffen. Anfang 2009 hat das Parlament in Äthiopien ein Gesetz verabschiedet, das die NRO-Arbeit erheblich einschränkt. Im Einzelnen verbietet das Gesetz jegliche politische Arbeit von ausländischen NRO wie beispielsweise zu Menschenrechten, nachhaltiger Entwicklung, ethnischer Verständigung. Lokale NRO werden als ausländische NRO eingestuft, sobald mehr als zehn Prozent ihrer Mittel aus dem Ausland stammen.

Die internationalen NRO und Dachverbände, in Deutschland unter ihnen VENRO, haben über Monate mit Unterstützung der Bundesregierung versucht, diese Gesetzesänderung zu verhindern.

Äthiopien ist eines der ärmsten Länder der Welt, aber auch Sitz der Afrikanischen Union. Mit der Einschränkung der NRO-Arbeit ist eine hohe politische Signalwirkung verbunden. Sie missachtet und konterkariert die Rolle der Zivilgesellschaft, die ihr in der Afrika-EU-Partnerschaft zuerkannt wird.



EU-Afrika-Gipfel 2007

## Chancen und Ausblick

Die Afrika-EU-Partnerschaft ist kein Vertrag, sondern ein politischer Rahmen für eine neue, verbesserte Form der Zusammenarbeit. Langfristig hat sie das Potenzial zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe beizutragen, die die alten Nehmer-Geberbeziehungen zwischen Afrika und Europa ablöst. Leicht wird dies sicher nicht werden, da die Beziehungen zwischen Afrika und Europa asymmetrisch sind, was vor allem der europäische Verhandlungsdruck bei den Handelsbeziehungen verdeutlicht.

Für die Zivilgesellschaft bietet die neue Partnerschaft Chancen, aber auch Herausforderungen. Ihre wichtige Rolle ist erkannt worden, muss nun aber auch konsequent eingefordert und umgesetzt werden. Dazu ist eine intensive politische Zusammenarbeit zwischen den europäischen und afrikanischen Zivilgesellschaften notwendig. Die neue Afrika-EU-Partnerschaft mit ihren Aktionsplänen ist ein komplexes Gebilde. Will die Zivilgesellschaft die Umsetzung effektiv mitgestalten und beeinflussen, ist eine verstärkte Arbeitsteilung und Vernetzung zwischen den verschiedenen Sektoren notwendig.

Der Zeitrahmen für die ersten Aktionspläne von drei Jahren wird erst der Anfang sein. Eine erfolgreiche Umsetzung wird für alle Akteure Zeit in Anspruch nehmen.

Der nächste Gipfel, der für 2010 geplant ist, wird zeigen, welche Veränderungen die neue Partnerschaft gebracht hat und wie es weiter geht.

Anfang 2009 ist das Projekt „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ gestartet. VENRO wird in Zusammenarbeit mit weiteren zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Akteuren, wie dem Forum Umwelt und Entwicklung oder auch dem Brüsseler Dachverband CONCORD, die Debatten in den Bereichen Regionale Integration/Handel, Klima/Energie und Gender thematisch mitgestalten. Die Aktivitäten bilden eine Fortführung des erfolgreichen VENRO-Projekts zur EU-Ratspräsidentschaft von 2007. Im Vordergrund steht auch dieses Mal die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnern.

**Anke Kurat** ist Referentin für Europäische Entwicklungspolitik in der VENRO-Geschäftsstelle und koordiniert das Projekt „Afrikas Perspektive – Europas Politik“.



## Afghanistan: Ziviler Wiederaufbau statt Soldaten

Die aktuelle Situation in Afghanistan ist durch eine Eskalation der Gewalt sowie eine dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage für die Zivilbevölkerung und internationale Organisationen gekennzeichnet. Selbst im ehemals als ruhig geltenden Norden des Landes, wo die Bundeswehr im Jahr 2006 die Verantwortung für die Sicherheit in einem Gebiet von 20.000 km<sup>2</sup> übernommen hat, ist die Zahl der Sicherheitsvorfälle erheblich gestiegen. Die internationalen Bemühungen um Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung drohen zu scheitern. Zwar ist die politische Forderung nach einem Strategiewechsel in Afghanistan in aller Munde, aber der öffentliche Diskurs in Deutschland konzentriert sich vor allem auf den Einsatz militärischer Mittel und die Erhöhung des Bundeswehr-Kontingents.

Die besorgniserregende Entwicklung am Hindu-kusch veranlasste im Oktober 2007 die in Afghanistan tätigen deutschen Hilfswerke gemeinsam Alarm zu schlagen und vor einer Eskalation der Gewalt zu warnen. Aus Sicht der NRO ist ein grundlegender Politikwechsel dringend notwendig, der die militärische Gewaltspirale beendet und stattdessen einen verstärkten und von den Afghanen selbstbestimmten zivilen Aufbau verfolgt. Auch ein Jahr später debattieren Bundesregierung und Bundestag über eine Erhöhung des Bundeswehrkontingents für Afghanistan, ohne dass ein grundlegender Politikwandel erkennbar würde. Das VENRO-Positionspapier „Perspektiven für Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan: Deutsche Hilfsorganisationen ziehen nach einem Jahr Bilanz“ vom Oktober 2008 beschreibt, wie der überfällige Strategie- und Prioritätenwechsel aus Sicht der deutschen Hilfsorganisationen aussehen sollte.

Eine Markstraße in Herat im westlichen Afghanistan



Dabei stehen drei Schwerpunkte im Mittelpunkt:

1. die sukzessive Reduzierung des militärischen Engagements und nachdrückliches Engagement für eine politische Konfliktlösung
2. die Schwerpunktsetzung auf den zivilen Aufbau, vor allem die Entwicklung und ökonomische Sicherung rechtsstaatlicher und zivilgesellschaftlicher afghanischer Strukturen
3. die Förderung von Demokratie und der nachhaltigen Verwirklichung der Menschenrechte

### Kritik am PRT-Konzept

In diesen Kontext gehört auch die Frage nach dem Konzept und der Wirksamkeit der zivilmilitärischen Zusammenarbeit in der Form der „Provincial Reconstruction Teams“, an dem auch die deutsche Bundeswehr maßgeblich beteiligt ist. VENRO hat sich mit seinem Positionspapier vom Januar 2009 „Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan: Eine Zwischenbilanz aus Sicht der deutschen Hilfsorganisationen“ kritisch mit diesem hochbrisanten Konzept auseinandergesetzt. Seit Einführung des PRT-Konzepts in Afghanistan im Jahr 2003 sind mittlerweile 26 PRTs in Afghanistan tätig, die der NATO unterstellt sind. Am ersten Januar 2004 übernahm Deutschland von den USA das PRT in Kunduz, im Herbst 2004 folgte das PRT in Faizabad. Mittlerweile stellt Deutschland seit 2006 auch das militärische Kommando für die gesamte Nord-Region mit Hauptquartier in Mazari Sharif. Die bisherige Leistung der PRTs und die Zusammenarbeit der vier beteiligten Bundesministerien werden von der Bundesregierung „als bewährter zivilmilitärischer Ansatz“ bezeichnet. Die deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben das PRT-Konzept von Anfang an kritisiert, weil zum einen konzeptionell die Mandate von zivilen und militärischen Akteuren vermischt werden. Zum anderen nimmt die Bundeswehr teilweise auch Aufgaben im Bereich des Wiederaufbaus und der Nahrungsmittelhilfe wahr, um die „Herzen und Köpfe“ der Menschen in Afghanistan zu gewinnen. Dadurch gefährdet sie aber massiv die Unabhängigkeit der humanitären Hilfe, die sich nicht nach politischen Erwägungen richtet, sondern allein dem „humanitären Imperativ“ verpflichtet ist. Vor diesem Hintergrund richtet sich die Kritik der deutschen Hilfsorganisationen gegen die im Rahmen der PRTs institutionalisierte Zusammenarbeit ziviler und militärischer Akteure, die eine Unterscheidung zwischen einerseits den CIMIC-Aktivitäten und „Quick Impact Projects“ der Bundeswehr mit militäri-



scher Zielsetzung sowie andererseits den humanitären Hilfsprogrammen von NRO immer schwieriger macht. Es ist zudem zu befürchten, dass das Konzept der zivilmilitärischen Zusammenarbeit in Afghanistan, das in vieler Hinsicht durch das Gewalt- und Machtpotential des Militärs dominiert wird, auf andere Konflikt- beziehungsweise Post-Konfliktszenarien übertragen wird.

### Wachsende Gewalt gegen NRO

Grundsätzlich ist es mit Hilfe der PRTs nicht gelungen, die Sicherheitslage in Afghanistan zu stabilisieren. Eine im März 2008 veröffentlichte Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, die sich mit der Sicherheitslage in Afghanistan und Handlungsmöglichkeiten für die Bundeswehr beschäftigt, kommt zu dem Schluss, dass sich die Sicherheitslage seit Beginn des Einsatzes in Nord-Afghanistan verschlechtert hat. Auch die Gewalt gegenüber NRO hat in erheblichem Maße zugenommen. Schon in den ersten sieben Monaten des Jahres 2008 wurden mehr NRO-Mitarbeiter getötet als im gesamten Jahr 2007. Eine Reihe von Beobachtungen deutet darauf hin, dass die zunehmende Gefährdung von NRO auf die nicht eindeutige Unterscheidbarkeit von militärischen und humanitären Akteuren zurückzuführen ist. So musste beispielsweise eine dänische NRO einen Projektstandort aufgeben, weil militärische Einheiten einen unangekündigten Projektbesuch durchführten. In der Folge sahen sich die Dorfältesten nicht mehr in der Lage für die Sicherheit der NRO zu garantieren. Ähnliche Effekte haben auch die nicht eindeutige Kennzeichnung militärischer Akteure, etwa von Angehörigen der US-Streitkräfte, die in ziviler Kleidung, aber bewaffnet in Kabul patrouillieren und verdeckte Militäroperationen ausführen, sowie die Benutzung weißer Fahrzeuge, die nicht als Militärfahrzeuge gekennzeichnet sind.

### Unabhängige Hilfe vor dem Aus

Aus humanitärer Sicht sind PRTs Sinnbild einer hybriden zivilmilitärischen Zusammenarbeit. Durch die Vermischung von humanitärer Hilfe und militärischen Zielen geraten Hilfsorganisationen in den Sog des allgemeinen Vertrauensverlustes der afghanischen Bevölkerung. Einige NRO haben in den letzten Jahren ihre Hilfe in Afghanistan unter anderem mit dem Hinweis eingestellt, dass aufgrund der Instrumentalisierung des humanitären Mandats durch das Militär eine unabhängige Hilfe nicht mehr leistbar ist. Die NRO wehren sich gegen die zunehmende Dominanz sicherheitspolitischer Überlegungen, die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe „im Windschatten militärischer Interventionen“ vor allem als strategische Option betrachten, wie zum Beispiel der ehemalige



Panzer in Afghanistan

US-Außenminister Colin Powell, der NRO als „force multiplier“ bezeichnete. VENRO hat daher in seinem Positionspapier vom Oktober 2007 die klare Forderung erhoben, dass sich Streitkräfte ausschließlich auf ihre Kernaufgabe, die militärische Friedenssicherung, konzentrieren und humanitäre Hilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit zivilen Akteuren überlassen.

### Politikwechsel durch Präsident Obama

Ob es mit dem im Januar 2009 vereidigten US-Präsidenten Barack Obama zu einem Politikwechsel kommt, bleibt abzuwarten. Zwar hatte Obama im US-Wahlkampf angekündigt, 7.000 zusätzliche Truppen nach Afghanistan zu entsenden und den Krieg in Afghanistan zur außenpolitischen und militärischen Priorität seiner Regierung zu machen. In seiner Berliner Rede im Juli 2008 signalisierte er aber auch, dass die USA alleine den Konflikt in Afghanistan nicht lösen können und auf die Unterstützung ihrer europäischen Bündnispartner angewiesen seien. Zugleich will der US-Präsident aber auch verstärkt auf eine Verhandlungslösung setzen, die auch die Anrainerstaaten Iran und Pakistan einbezieht. Die Einberufung einer regionalen Konferenz für Frieden und Entwicklung könnte dazu ein wichtiger erster Schritt sein. Es bleibt zu hoffen, dass der neue Präsident erkennen wird, dass der Frieden in Afghanistan sich nicht herbei bomben lässt, sondern nur eine politische Konfliktlösung Erfolg verspricht.

**Jürgen Lieser** ist stellvertretender VENRO-Vorstandsvorsitzender und stellvertretender Leiter von Caritas International.



**Peter Runge** ist VENRO-Referent für Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe.



## Mehr Transparenz – VENRO-Verhaltenskodex verabschiedet

Die Deutschen spenden im Jahr zwei bis fünf Milliarden Euro an gemeinnützige Organisationen. In den letzten Jahren gewann außerdem das ehrenamtliche Engagement an Gewicht. 2007 engagierte sich im Schnitt jeder dritte Deutsche mit 16,5 Stunden im Monat ehrenamtlich. Insgesamt wurden so 4,6 Milliarden Stunden Zeit gespendet, das sind etwa zwei Prozent des Bruttonationaleinkommens. Dieser erfreulichen Entwicklung steht gegenüber, dass viele Hilfsorganisationen eine zunehmend kritische Berichterstattung ihrer Arbeit wahrnehmen. Ob öffentliche Veruntreuungsskandale nach dem Tsunami oder die UNICEF-Krise – gemeinnützige Organisationen müssen zunehmend öffentlich Rechenschaft über Wirkungen und Verfahrensweisen ihrer Arbeit ablegen.

Die Dynamiken dieser Debatten spüren viele NRO: Man weiß einerseits um die erfolgreiche Arbeit der letzten

Jahrzehnte, fühlt sich andererseits durch einen investigativen Enthüllungsjournalismus pauschal verurteilt. In diesem Umfeld konnte die UNICEF-Krise eine Wirkung entfalten, die weit über ihren Ursprung hinaus ging. Der gesamte Dritte Sektor diskutierte die Frage, die das Grundgerüst zivilgesellschaftlicher Arbeit berührt: Wie können die NRO langfristig das Vertrauen der Öffentlichkeit, ihrer Ehrenamtlichen und Mitglieder sowie der Spender in ihre Arbeit aufrecht erhalten und stärken?

Die Antwort war, überraschenderweise schnell und über alle Organisationsgrenzen und Branchen hinweg, gefunden: Sie lautete „mehr Transparenz“. Aber erst die öffentliche Vorstellung eines Neun-Punkte-Plans, der „Transparenzinitiative“, die federführend von zwei VENRO-Mitgliedern erarbeitet wurde, führte zu praktischen Maßnahmen. Dieses sowie der öffentliche Druck und

### Regelungen zu Transparenz und Kontrolle vor dem VENRO-Verhaltenskodex

- Seit 1991 können Organisationen aus dem karitativen Spendenbereich das DZI-Spendensiegel erwerben. Träger des Siegels verpflichten sich unter anderem auf eine zweckgerichtete, sparsame und wirtschaftliche Verwendung von Spendenmitteln und eine wahre, eindeutige und sachliche Spendenwerbung.
- 1998 wurde der VENRO-Kodex „Entwicklungsbezogene Öffentlichkeitsarbeit“ erstellt, der die Mitgliedsorganisationen in ihrer öffentlichen Darstellung und Spendenwerbung zu „Offenheit und Wahrheit“ und „Effizienz und Redlichkeit bei der Mittelbeschaffung“ verpflichtet.
- Alle VENRO Mitglieder erstellen jährlich einen Rechenschaftsbericht, der dem Verband zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus veröffentlicht die Mehrheit diesen Bericht auf ihrer Internetseite.
- Alle Mitglieder erfüllen die rechtlichen Vorschriften, die ihnen ihr Status als „gemeinnützige Organisation“ auferlegt. Dazu gehören die Darstellung der Vereinszwecke sowie der Vorstandsbefugnisse in einer Satzung, eine jährliche Mitgliederversammlung und eine transparente Rechnungslegung.

### Neuerungen durch den VENRO-Verhaltenskodex Transparenz, Organisationsführung und Kontrolle

- Vertrauensvoller und geschützter Umgang mit Kritik
- Aktive Information darüber, dass Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Projektbegleitung und Verwaltung notwendig sind
- Berichterstattung über Erfolge, aber auch über bestehende Herausforderungen und Rückschläge
- Bekenntnis zum professionellen Fundraising unter dem Aspekt der Kosten-Nutzen-Relation
- Verpflichtung auf die Veröffentlichung eines Jahresberichts
- Getrennte Darstellung, aber gemeinsame Kommunikation von Werbe- und Verwaltungskosten
- Verpflichtung auf die Erarbeitung eines Standards zur Korruptionsbekämpfung
- Bekenntnis zu einer angemessenen Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Verpflichtung auf eine wirkungsorientierte Arbeitsweise, Erarbeitung eines Systems der adäquaten Wirkungsbeobachtung
- Veröffentlichung einer Verpflichtung auf die Prinzipien und Standards des Kodexes



der inhaltlich hergestellte Konsens mündeten Anfang April schließlich darin, dass der Verband geschlossen die geplante Erarbeitung eines Verhaltenskodexes zu Transparenz, Organisationsführung und Kontrolle verkünden konnte.

VENRO hat in den Jahren seines Bestehens keinen Prozess erlebt, der so partizipativ und so breit erarbeitet worden ist wie der Verhaltenskodex. Der Prozess wurde von mehr als 60 Mitgliedsorganisationen und fast 100 unterschiedlichen Expertinnen und Experten gestaltet. In der deutschen NRO-Szene stellt der Kodex ein einmaliges Dokument dar. Er benennt Selbstverpflichtungen für die Bereiche Organisationsführung (Governance), Kommunikation und Fundraising, Betriebsführung, Wirkungsbeobachtung und Bestimmungen für die Umsetzung des Kodexes.

Mit der Verabschiedung des Kodexes auf der VENRO-Mitgliederversammlung ist der Prozess noch nicht beendet. Transparenz und Vertrauen müssen täglich neu erarbeitet werden. Darum wird der Verband in Form einer Arbeitsgruppe die Umsetzungsprozesse in den Mitgliedsorganisationen begleiten und die Standards auf ihre Praxistauglichkeit überprüfen.

Nicht zuletzt ist der Kodex aber auch ein Appell an die Öffentlichkeit – denn Transparenz erfordert auch Ver-

trauen. Er spricht erstmalig offen aus, dass Verwaltungs- und Werbekosten notwendig sind, dass eine Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Organisationen effektiv und beabsichtigt ist und will so einer falschen Idealisierung der eigenen Arbeit vorbeugen. Damit ist er auch eine Aufforderung an den Staat, die Medien und den mündigen Spender, sich selbst zu informieren und weiterhin zu engagieren.

**Bernd Pastors** ist VENRO-Vorstandsmitglied und im Vorstand von action medeor.



**Jana Rosenboom** ist VENRO-Referentin für entwicklungspolitische Inlandsarbeit.



## Langer Weg – Gutes Ergebnis

Die Krise bei UNICEF sowie die öffentliche Diskussion über die Arbeitsweise und die Vertrauenswürdigkeit von Spendenorganisationen waren der Anlass für die Welthungerhilfe und die Kindernothilfe, mit einem Thesenpapier zur Transparenz an die Öffentlichkeit zu gehen und zu versuchen, weitere VENRO-Mitglieder dafür ins Boot zu holen. Bei Susila Dharma waren wir zwar mit der Grundidee der Thesen einverstanden, der Tenor erschien uns aber zu sehr von der Angst geprägt, dass die Spendeneinnahmen zurückgehen könnten. Deshalb unterschrieben wir das Thesenpapier nicht.

Wohl aber waren wir Anfang April dabei, als VENRO-Mitglieder über die Transparenzinitiative diskutierten und eine Ad-hoc-AG entstand, die einen Verhaltenskodex entwickeln sollte. Wir entschieden uns bei Susila Dharma für dieses Engagement aus der Befürchtung heraus, hier könnte etwas geschehen, das uns später Schwierigkeiten macht – die alte Angst der „Kleinen“ kam da zum Vorschein, die „Großen“ könnten etwas beschließen, das unsere Situation nicht berücksichtigt. Wie schön, dass diese Sorge unbegründet war! In allen Diskussionen gab es offenen und gleichberechtigten Austausch, es wurde zugehört und konstruktiv diskutiert. Es war der Wille spürbar, etwas Gemeinsames zu schaffen.

In verschiedenen Arbeitsgruppen formulierten viele Engagierte über den Sommer hinweg die Texte zu den einzelnen Kapiteln des Kodexes. Eine unermüdliche Redaktionsgruppe brachte alles in einem Text zusammen und im September lag tatsächlich der Entwurf für einen Verhaltenskodex vor. Mit diesem Gefühl getaner – und wohlgetaner – Arbeit gingen wir alle in den Mitgliederworkshop Anfang Oktober: Kaum jemand hatte wohl erwartet, dass dort noch einmal grundsätzliche Kritik geübt werden sollte und die ganze Sache sogar noch einmal in Frage gestellt würde!

### Vorteile kleiner Organisationen

An diesem Punkt wurde mir klar, dass wir als kleine Organisation offenbar weniger Probleme mit einem Kodex haben als große: Zum einen sind wir flexibler und können strukturelle und organisatorische Änderungen ohne allzu großen Aufwand vornehmen; zum anderen ist unsere Bindung an die Spenderinnen und Spender wesentlich enger und ihr Vertrauen entspringt einer persönlichen Beziehung. Das ist natürlich bei großen Organisationen mit einer Vielzahl von eher anonymen Spenderinnen und Spendern anders –



Blutentnahme in Malaria

formale Beurteilungskriterien und die öffentliche Meinung spielen dort eine viel größere Rolle.

Die Ergebnisse des Mitgliederworkshops und der folgende Vorstandsbeschluss für einen Kodex ohne verpflichtende Standards waren dann für etliche Mitgliedsorganisationen nicht tragbar und ein Gegenentwurf wurde formuliert. Jetzt war noch einmal der Vorstand gefragt, denn zwei konkurrierende Entwürfe auf der Mitgliederversammlung zur Abstimmung zu stellen, erschien nicht sinnvoll. Einen Tag vor der Mitgliederversammlung legte der Vorstand einen Kompromissvorschlag vor, mit dem alle leben können – auch wenn es auf der Versammlung noch einmal intensive Diskussionen gab!

Nun liegt er da, der Verhaltenskodex. Ich denke, wir können stolz sein – auf das Ergebnis und auf den Prozess, der uns dahin gebracht hat! Die Mitgliedsorganisationen haben jetzt zwei Jahre Zeit, den Kodex umzusetzen, oder zu begründen, wo sie davon abweichen und warum. Zeit auch, um Erfahrungen mit den formulierten Standards zu sammeln und den Kodex anzupassen.

Ich habe die Geduld aller Beteiligten bewundert, ich war beeindruckt von der Entschlossenheit, die eigene Position deutlich zu vertreten – ohne die Fähigkeit zum Kompromiss zu verlieren. Und wenn das nicht so gewesen wäre, ja, es hätte unseren Verband auch sprengen können. Das ist zum Glück nicht geschehen und ich denke, wir gehen als VENRO gestärkt aus diesem Prozess hervor – und als kleine Mitgliedsorganisation mit der Gewissheit, dass unsere Stimme im Verband gehört wird.

**Imke Wolf-Doettinchem** ist selbstständige Beraterin (Struktur • Ordnung • Planung) und arbeitet ehrenamtlich bei Susila Dharma – Soziale Dienste e. V.



## Ein Konjunkturpaket für die Inlandsarbeit

Junge Menschen, die im Unterricht Globales Lernen erleben, sind stärker als der Durchschnitt über globale Zusammenhänge informiert, glauben daran, dass ihr eigenes Konsumverhalten Auswirkungen auf die Lebensumstände der Menschen im Süden hat, setzen sich verstärkt für eine Veränderung der strukturellen Ungleichheiten zwischen Nord und Süd ein und sind offener als ihre Altersgenossen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, wie eine britische Studie von 2008 belegt. Ein erfreuliches Ergebnis!

Leider kommen viel zu wenig junge Menschen in diesen Genuss. Zudem brauchen Menschen aller Altersgruppen solche Kompetenzen und Einstellungen, um den Herausforderungen der Globalisierung begegnen zu können. Umso mehr, als Probleme wie der globale Klimawandel, die Ernährungskrise, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Informationsdefizite sind dennoch groß, zum Beispiel bezüglich der Millenniumsziele (MDG), und Stereotypen weit verbreitet. Allen Bekundungen zum Trotz, die die Wichtigkeit „einer Bildung“ im weltweiten Horizont betonen – zuletzt im Bundestag am 25. September 2008 – fehlt es in Deutschland nach wie vor an ausreichenden Strukturen und Ressourcen, um mit Projekten des Globalen Lernens angemessen darauf reagieren zu können. Bei den Ausgaben für entwicklungspolitische Bildungsarbeit rangiert Deutschland mit Ausgaben von 0,26 Prozent (2006) seiner ODA im europäischen Vergleich bestenfalls im Mittelfeld und verpasst die alte UNDP-Forderung nach zwei bis drei Prozent der ODA-Mittel für dieses Arbeitsfeld um Längen.

### Deutschland im Mittelfeld

Die strukturell prekäre Grundlage bringt ein weiteres Problem mit sich: Die Sicherung der Qualität in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit. Die VENRO-AG Bildung lokalglobal setzt sich seit langer Zeit konstruktiv mit dieser Thematik auseinander. Gleichwohl ist sie der Meinung, dass ein qualitativer Quantensprung nur durch eine verstärkte strukturelle und finanzielle Unterstützung der staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen gelingen kann. Evaluationen beispielsweise sind nur dann sinnvoll, wenn die Er-

1. Development Education Agency (2008): Our global Future. How can education meet the challenge of change? In: <http://www.dea.org.uk> S. [www.betteraid.org](http://www.betteraid.org)

kenntnisse, die durch sie gewonnen werden, in langfristige, weil strukturell abgesicherte Bildungsprozesse einfließen und somit deren hohes qualitatives Niveau kontinuierlich sichern können, ansonsten verpuffen sie leicht. Auch die Umsetzung des Orientierungsrahmens zur globalen Entwicklung kann nur gelingen, wenn dieser Prozess strukturell ausreichend verankert ist. Davon ist er aber weit entfernt. Zudem wäre es auch in Deutschland dringend notwendig, flächendeckende Studien zur Wirkung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit analog zur erwähnten britischen Studie zu realisieren.

Wir stellen uns deshalb im Verband die Frage, wie wir diese Herausforderungen aufgreifen können. VENRO hat einen Dialogprozess angeregt mit dem Ziel, durch konzertiertes Handeln aller wichtigen Akteure und die Einbeziehung aller relevanten Ebenen eine Stärkung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit zu erreichen. So wichtig das globale Lernen ist, es geht um mehr, nämlich einen umfassenden Ansatz, der auch die Bereiche der Informations- sowie der Advocacy- und Lobbyarbeit umfasst. Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul betont seit ihrem Amtsantritt, dass die Inlandsarbeit neben der globalen Strukturpolitik und den Auslandsprojekten die dritte Säule der Entwicklungszusammenarbeit ist. Diese Säule hat allerdings starke Rachitis und kann das gemeinsame Dach kaum halten.

### Jetzt handeln!

VENRO sagt: Die Zeit ist reif, dies zu ändern! Die Wichtigkeit der Themen ist unbestritten, ein neuer Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zur Entwicklungszusammenarbeit der Länder betont dies. Die Kommunen erleben die Auswirkungen der Globalsierung unmittelbar und brauchen Ressourcen, um darauf reagieren zu können. Mehr als 16.000 Nichtregierungsorganisationen in Deutschland und rund 80 Prozent der VENRO-Mitglieder engagieren sich in der Bildungs- und Inlandsarbeit und warten dringend darauf, dass sie bei ihrer Arbeit stärker unterstützt werden.

**Monika Dülge** ist VENRO-Vorstandsmitglied und Vertreterin vom Eine Welt Netz NRW.



## Ostdeutsche NRO stärken

Auch 20 Jahre nach der Vereinigung sind die entwicklungspolitischen Ressourcen in Deutschland ungleich verteilt. So haben Vereine im Osten strukturell, personell und institutionell einen klaren „Standortnachteil“ gegenüber Vereinen im Westen. Es fehlen zum Beispiel bezahlte Fachkräfte: Schätzungen des DIE/2007 zufolge sind in Deutschland rund 3.640 Menschen hauptamtlich in der staatlichen und nicht-staatlichen EZ tätig. Der Anteil bezahlter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Neuen Bundesländern liegt dabei realistisch bei einem bis zwei Prozent. Auch bei den Mitgliedsorganisationen von VENRO (ohne Entwicklungsdienste und Kirchen) wird der Unterschied deutlich: Laut DIE/2007 arbeiten hier 500 Hauptamtliche. Gerade einmal 24 hiervon sind bei ostdeutschen NRO angestellt. Auffallend ist auch der – bis auf Berlin – Ausfall der Neuen Bundesländer bei der Finanzierung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit beziehungsweise der Finanzierung von Personalkosten. Schaut man sich die absoluten Summen und die Prozentanteile am Gesamtlandshaushalt an, so stellt sich die Situation in den Neuen Bundesländern noch dramatischer dar, als in den meisten alten Bundesländern – mit Ausnahme von Niedersachsen und dem Saarland. Die äußerst dünne Personaldecke der ostdeutschen NRO-Szene wird im Wesentlichen vom Evangelischen Entwicklungsdienst, BMZ/InWent und Stiftung Nord-Süd-Brücken finanziert.

### Entwicklungspolitisches West-Ost-Gefälle

Das entwicklungspolitische West-Ost-Gefälle macht sich auch an den unterschiedlich stark ausgebildeten „entwicklungspolitischen Infrastrukturen“ fest. Bonn und Berlin sind zweifellos die Zentren der staatlichen und nichtstaatlichen EZ. Aber auch in Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, Stuttgart und München gibt es laut der InWent-Datenbank „INSTDOK“ nennenswerte entwicklungspolitische Strukturen. „INSTDOK“ listet 327 Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland. Außerhalb von Berlin werden jedoch in ostdeutschen Städten keinerlei tatsächliche entwicklungspolitische Einrichtungen aufgeführt! Lediglich sechs der 117 VENRO-Mitgliedsorganisationen kommen aus den Neuen Bundesländern.

Während VENRO-Organisationen an insgesamt 52 verschiedenen Orten in Deutschland aktiv sind, sind sie es in den Neuen Bundesländern – abgesehen von Berlin – nur noch in Potsdam. Auch staatliche Vorfeldorganisationen sind in den neuen Bundesländern nicht wirklich präsent oder

setzen dort entwicklungspolitische Akzente. Und in der entwicklungspolitischen Kommunikation gibt es klare Defizite: Es finden so gut wie keine großen entwicklungspolitischen Konferenzen in den Neuen Bundesländern statt, bei großen Veranstaltungen sind ostdeutsche Akteure regelmäßig unterrepräsentiert. Viele entwicklungspolitische Kampagnen gehen schlichtweg an den neuen Bundesländern vorbei. Die entwicklungspolitische Publizistik und überregionale Newsletter nehmen kaum Impulse, Veranstaltungen und Entwicklungen ostdeutscher Akteure auf oder berichten darüber.

Trotz der genannten Rahmenbedingungen hat sich seit der Vereinigung in den Neuen Bundesländern – von Stralsund bis nach Ilmenau, von Wernigerode bis nach Görlitz – eine vielfältige entwicklungspolitische Szene herausgebildet und behauptet. Ungefähr 250 verschiedene eingetragene Vereine, Gruppen und Weltläden beantragen regelmäßig Fördermittel bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken. Rund 80 – 90 Prozent dieser Initiativen arbeiten rein ehrenamtlich.

### Abwesenheit staatlicher Strukturen

Viele der genannten Probleme gelten natürlich ebenso für Vereine in den alten Bundesländern. Auch dort wird unter schwierigen Bedingungen gute Arbeit gemacht. Die dortigen Probleme und Herausforderungen sollen nicht negiert werden. Dennoch gibt es bei allen Gemeinsamkeiten der Szenen einen gravierenden Unterschied: Im Westen arbeiten in vielen Städten verschiedene entwicklungspolitische Strukturen nebeneinander und strahlen dabei in die Peripherien aus. In den Neuen Bundesländern sind es angesichts der „Abwesenheit“ staatlicher, großer nichtstaatlicher entwicklungspolitischer Strukturen primär die ostdeutschen NRO, die eine notwendige und auch gewünschte entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit umsetzen. Diese NRO müssen strukturell und personell gestärkt werden – sonst droht eine weitere entwicklungspolitische Abkoppelung des Ostens.

**Andreas Rosen** ist entwicklungspolitischer Referent der Stiftung Nord-Süd-Brücken.



## Kindesschutz in der Entwicklungszusammenarbeit

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden zehn Prozent aller Jungen und zwanzig Prozent aller Mädchen weltweit Opfer sexualisierter Gewalt. Menschen, die in Einrichtungen untergebracht sind oder anderweitig betreut werden, unterliegen einem erhöhten Missbrauchsrisiko. Die im Mai 2008 erschienene Studie „No One to Turn To“ der Nichtregierungsorganisation (NRO) ‚Save the Children‘ macht deutlich, dass auch Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit hierbei keine Ausnahme darstellen. Auf Grundlage von individuellen Interviews von 250 Mädchen und Jungen aus dem Südsudan, der Elfenbeinküste und Haiti kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass es im Rahmen von Hilfsprojekten und Friedenseinsätzen zu verbalem Missbrauch, dem Austausch von Sex gegen Nahrung, Vergewaltigung, Kinderprostitution und sogar Kinderhandel kommt. „Der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch Hilfskräfte ist oft noch ein Tabu. Wir müssen uns aber der Realität stellen, dass auch Helfer das in sie gesetzte Vertrauen missbrauchen. „Frauen und Kinder in Flüchtlingslagern sind besonders gefährdet“, so VENRO-Vorstandsmitglied Ralf Tepel.

### Kinderrechte stärken

Seit 2007 beschäftigt sich VENRO mit dem Schutz von Minderjährigen in der Entwicklungszusammenarbeit. Der Startschuss fiel mit dem ersten VENRO-Workshop „Schutz vor Missbrauch – Wie können Kinder und Jugendliche in der Entwicklungszusammenarbeit besser geschützt werden?“. Im Nachklang des Workshops wurde das „VENRO-Grundlagenpapier zu Kinderrechten: Schutz von Kindern vor Missbrauch und Ausbeutung in der Entwicklungszusammenarbeit“ von der VENRO-Arbeitsgruppe Kindesschutz erarbeitet und durch die Mitgliederversammlung 2007 verabschiedet. Ziel der VENRO-Aktivitäten ist es demnach, durch die Implementierung von verbindlichen Standards und professionellen Instrumenten den Kindesschutz in der nichtstaatlichen und staatlichen Entwicklungszusammenarbeit als Qualitätsmerkmal dauerhaft zu etablieren. Zielgruppen der Aktivitäten sind die VENRO-Mitgliedsorganisationen und ihre Partnerorganisationen im In- und Ausland sowie politische Entscheidungsträger und Netzwerke, die sich für Kinder und ihre Rechte engagieren.

Der Verband hat sich 2008 auf sieben Empfehlungen verständigt, die den Schutz von Kindern sichern sollen. Er macht es sich hiermit zur Aufgabe, die Rechte von Mädchen



und Jungen zu stärken, ein Umfeld zu schaffen, in dem die Einhaltung der Menschen- und Kinderrechte gewährleistet ist und durch Lobby- und Advocacyarbeit weiter für das Thema zu sensibilisieren sowie bei Organisationen und Partnern des Verbandes Bewusstsein zu schaffen.

### Erarbeitung eines Verhaltenskodexes

Darüber hinaus hat VENRO auf Wunsch seiner Mitglieder im Jahr 2008 damit begonnen, einen Verhaltenskodex zu erarbeiten. Der Verhaltenskodex soll verbindliche Standards zum Schutz von Minderjährigen vor Missbrauch und Ausbeutung festschreiben. Er wird auf der Basis von Erfahrungen der VENRO-Mitgliedsorganisationen entwickelt, welche zum Teil bereits mit strikten Verhaltensregeln für ihr Personal und Fortbildungen zum Thema Kindesschutz auf die Missbrauchsgefahr in Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit und der Nothilfe reagiert haben. Der Kodex soll bis zur Mitgliederversammlung 2009 zur Abstimmung vorliegen.

**Dr. Boris Scharlowski** ist Leiter der Abteilung Entwicklungszusammenarbeit der Karl Kübel Stiftung und Sprecher der VENRO-Arbeitsgruppe Kindesschutz.



**Nina Errens** ist Referentin für Kinderrechte in der VENRO-Geschäftsstelle.



## VENRO-Inlandsarbeit

### Bundesdatenschutzgesetz

Am 4. September 2008 fand im Bundesinnenministerium (BMI) der Bundesdatenschutzgipfel statt. Dort wurden die Eckpunkte zur erneuten Änderung der gesetzlichen Grundlage vereinbart. Damit einhergehen sollte zunächst eine flächendeckende Abschaffung des sogenannten Listenprivilegs. Eine Abschaffung des Listenprivilegs hätte bedeutende Einschränkungen für die Neuakquise von Spendern und Mitgliedern von Gemeinnützigen Organisationen zur Folge.

VENRO hat sich in der zweiten Jahreshälfte deshalb in eine intensive Debatte mit verschiedenen politischen Entscheidungsträgern begeben und gemeinsam mit dem Deutschen Fundraisingverband (DFRV) seinen Einfluss geltend gemacht, um ein möglichst positives Ergebnis für die Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Gesetzgebungsprozess zu erzielen.

Ab Mitte März 2009 wird das Gesetz im Bundestag verhandelt werden. VENRO und der DFRV konnten bereits im Vorfeld eine Ausnahmeregelung für Spenden sammelnde Organisationen erwirken. Diese stellt nicht nur eine Bestandsgarantie für die gemeinnützigen Organisationen dar, sondern bildet zugleich die Voraussetzung für diese Organisationen, weiterhin ihrer Demokratie gestaltenden Funktion nachzukommen. Die Sammlung, Bereitstellung und Verbreitung von besonders solchen Nachrichten, die kaum von den Massenmedien thematisiert werden, ist zugleich Ausdruck der Meinungsfreiheit des Dritten Sektors und notwendiger Bestandteil einer umfassenden Bürgerinformation. In ihrer Funktion unterscheiden sich die gemeinnützigen Organisationen deshalb von den wirtschaftlichen Interessenvertretern. Ein Sonderweg ist daher gerechtfertigt.

### Jahressteuergesetz 2009

Am 28. November 2008 hat der Deutsche Bundestag das Jahressteuergesetz 2009 verabschiedet. Mit den Stimmen der Unionsfraktion und der SPD-Fraktion stimmte der Bundestag dem Jahressteuergesetz 2009 in der Ausschussfassung (16/11055, 16/11086) zu. Die FDP stimmte dagegen, die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme.

Das Gesetz integriert für 2009 erstmalig den „strukturellen Inlandsbezug“, für dessen NRO-freundliche Ausgestaltung sich VENRO im Vorfeld der Gesetzesverabschiedung stark gemacht hatte.

In der ursprünglich geplanten Fassung des Gesetzes wären die entwicklungspolitischen Organisationen zur Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit dazu verpflichtet gewesen, neben ihren gemeinnützigen Zwecken auch das „Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland“ zu stärken. Die nun verabschiedete Fassung enthält nach wie vor den strukturellen Inlandsbezug, schwächt diesen aber ab und verdeutlicht, dass ein positiver Nachweis über die Förderung des Ansehens Deutschlands im Ausland nicht erbracht werden muss.

### SEPA – Single European Payments Area

SEPA bezeichnet ein System, welches die Vereinheitlichung der grenzüberschreitenden europäischen Zahlungsvorgänge zum Ziel hat. Die wichtigsten Folgen, die sich aus dieser Vereinheitlichung ergeben sind:

- Lastschriften ohne physikalische Unterschrift werden abgeschafft / Altmandate müssen umgestellt werden
- Alle Überweisungen müssen zukünftig den IBAN und den BIC aufweisen
- Pseudokontonummern werden abgeschafft
- Telefonspenden und Internetspenden ohne physikalische Unterschrift müssen im Nachhinein bestätigt werden

Gesetzlich vorgeschrieben ist, dass alle Banken bis November 2009 die technischen Vorkehrungen getroffen haben, Zahlungsvorgänge nach dem gemeinsamen europäischen Muster vorzunehmen. Die Gesetzesvorgabe lässt aber neben den neuen nach wie vor die alten Zahlungsmodalitäten zu.

Für die NRO stellt sich die Frage, wie sie mit einer erzwungenen Umstellung ihrer Altmandate umgehen sollen. Im Rahmen seines VENRO-Mandats hat Willibald Geueke den IT-Direktor der Bank für Sozialwirtschaft, Herrn Bernd Bauer, gebeten, mit den eigenen EDV-Experten zu überlegen, ob das alte nationale Lastschriftverfahren im neuen XML-basierten Datensatzformat von SEPA abgebildet werden kann. Das Resultat war positiv. Alle bisherigen Bemühungen sind aber gescheitert, diesen kostengünstigen Vorschlag so weit zu tragen, dass er letztlich in den EPC-Rulebooks (Regelwerk der europäischen Banken zur Einführung von SEPA) eingehen und damit verbindlich werden kann.

Die Bundesregierung hat mittlerweile umfangreiche Gesetze zur Einführung von SEPA auf den Weg gebracht. Demnach stehen beide Verfahren noch nebeneinander. Die Bundesregierung vermeidet auch die Einführung eines Umstellungsdatums für die SEPA-Lastschrift. Die Banken müssen ab 2. November 2009 die SEPA-Lastschrift beherrschen und für eine Übergangszeit (deren Ende keiner kennt) den Kunden die Übergabe der Bankdaten in einem importierbaren Format (DTAUS oder MT980) übergeben.



## VENRO-Struktur

VENRO hat zurzeit 117 Mitglieder, davon sind 15 Gastmitglieder. Die Gesamteinnahmen aller Mitgliedsorganisationen betragen jährlich rund eine Milliarde Euro. Im Jahr 2008 traten dem Verband insgesamt zehn neue Mitglieder bei.

Mitgliederversammlung			
Vorstand			
<b>Vorsitzende</b> Dr. Claudia Warning <i>Evangelischer Entwicklungsdienst</i>	<b>Stellvertreter/-innen</b> Jürgen Lieser <i>Deutscher Caritasverband</i> Ulrich Post <i>Welthungerhilfe</i> Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath <i>Marie-Schlei-Verein</i>		<b>Schatzmeister</b> Bernd Pastors <i>action medeor</i>
Vorstandsmitglieder			
Dr. Bernd Bornhorst <i>Misereor</i> Monika Dülge <i>Eine Welt Netz NRW</i> Renate Bähr* <i>Deutsche Stiftung Weltbevölkerung</i>		Hildegard Peters <i>Kindernothilfe</i> Ralf Tepel <i>Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie</i> Jürgen Hammelehle** <i>Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe</i>	
Arbeitsgruppen			
AG Behindertenarbeit	AG Humanitäre Hilfe	AG Kofinanzierung	AG Wirkungsbeobachtung
AG Bildung–Lokal-Global	AG Internationale Finanzinstitutionen	AG Migration	Aktion „Deine Stimme gegen Armut“
AG Europäische Entwicklungspolitik	AG Klimawandel	AG Spenden und Gemeinnützigkeitsrecht	AG Medien
AG Gender	AG Kinderschutz	AG Verhaltenskodex	AG Politik
Geschäftsstelle Bonn			
Geschäftsführerin			
Heike Spielmans			
Referent/-innen			
Anke Kurat <i>Stellvertretung Geschäftsführung, Europäische                  Entwicklungspolitik, Umweltthemen</i>		Leonie Otten <i>Operatives Verbandsmanagement</i>	
Alessa Hartmann <i>Projektassistentin Afrikas Perspektive – Europas Politik</i>		Jana Rosenboom <i>Bildungsarbeit, Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht</i>	
Astrid Lohbeck <i>Finanzen</i>		Peter Runge <i>Entwicklungsfinanzierung, Humanitäre Hilfe</i>	
Kirsten Prestin <i>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</i>			
Büro Berlin			
<b>Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung</b>		<b>Deine Stimme gegen Armut</b>	
Claus Körting <i>Projektkoordinator</i>	Merle Bilinski <i>Projektreferentin</i>	Ulrich Schlenker <i>Projektkoordinator</i>	

\* Seit Dezember 2008 ist Renate Bähr, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Vorstandsmitglied.

\*\* Jürgen Hammelehle ist im Dezember 2008 aus dem Vorstand ausgeschieden.

## Jahresabschluss 2007\*

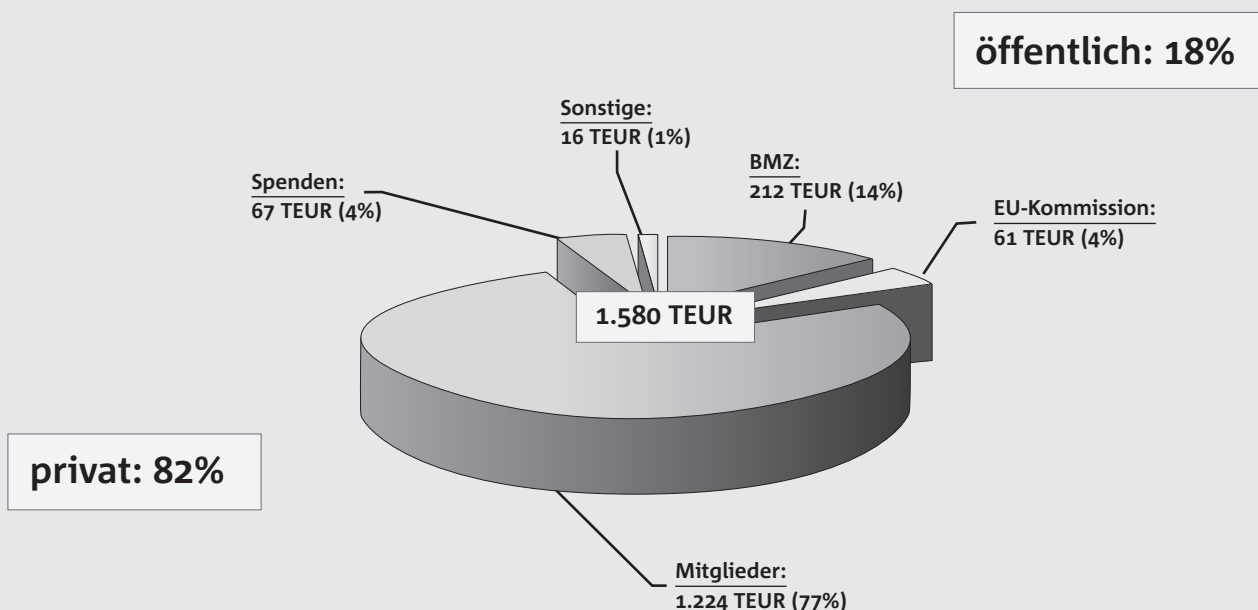
### Mittelherkunft:

VENRO standen in 2007 insgesamt 1.580 TEUR an Mitteln zur Verfügung, wovon 82% aus privaten und 18% aus öffentlichen Quellen stammten.

Den Hauptanteil am Gesamthaushalt machten mit 1.224 TEUR (77%) die Zahlungen der 107 Mitgliedsorganisationen aus, die sich aus Mitgliedsbeiträgen, freiwilligen Zuschüssen für die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ und Projektfördermitteln (v.a. für die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“) zusammensetzten. Desweiteren gab es Spenden in Höhe von 67 TEUR (4%) für die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“. Unter die Position „Sonstige“ mit 16 TEUR (1%) sind Kostenbeteiligungen von Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen für Veranstaltungen, Verkaufserlöse, Zinsen und kleinere Erstat-

tungen zusammengefasst.

Öffentliche Zuwendungsgeber waren in 2007 das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Europäische Kommission. Der Anteil der BMZ-Fördermittel am VENRO-Gesamthaushalt betrug 212 TEUR (14%) und war für die Finanzierung der Projekte „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“; „Jahrbuch Globales Lernen“ und des VENRO-Projekts zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ bewilligt worden. Der Anteil der Fördermittel der Europäischen Kommission am Gesamthaushalt betrug in 2007 insgesamt 61 TEUR (4%) und bezog sich auf das VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft.



\* Der Jahresabschluss 2008 lag bei Drucklegung der Zeitschrift noch nicht vor.

### Mittelverwendung:

#### VENRO-Kernhaushalt:

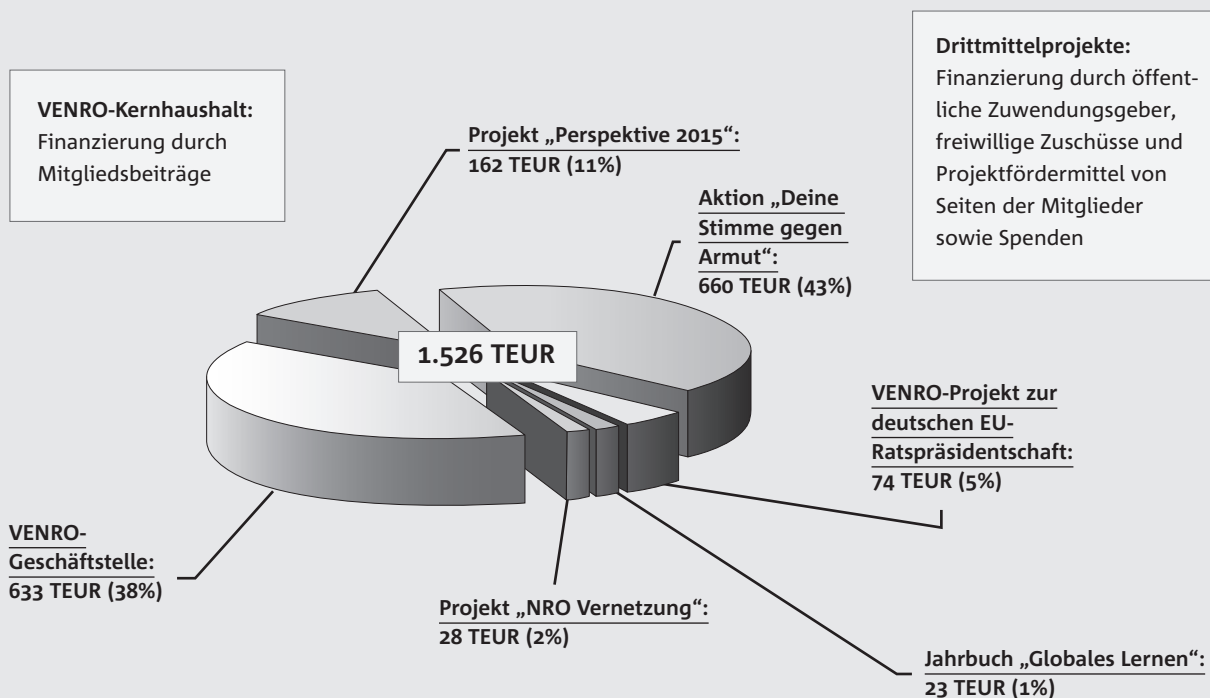
Der VENRO-Kernhaushalt umfasste die Personal- und Sachaufwendungen für die inhaltlichen und administrativen Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche der Geschäftsstellen in Bonn und Berlin. Dazu gehörten die Personalaufwendungen ohne Drittmittelprojekte, die Aufwendungen für die satzungsgemäßen Gremien (Mitgliederversammlung, Vorstand, Arbeitsgruppen, Schlichtungsstelle), die Aufwendungen für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und des Arbeitsprogramms, die Aufwendungen für den Mitgliedsbeitrag für den europäischen Dachverband CONCORD und die Aufwendungen für Sachmittel der beiden Geschäftsstellen. Der VENRO-Kernhaushalt wird über Mitgliedsbeiträge finanziert.

#### Drittmittelprojekthaushalte:

Zu den Drittmittelprojekten zählten in 2007:

- Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“
- Aktion „Deine Stimme gegen Armut“
- Projekt „Jahrbuch Globales Lernen“
- VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft „Afrikas Perspektive – Europas Politik“
- Projekt „NRO-Vernetzung“

Die Einzelhaushalte der verschiedenen Projekte wurden aus Mitteln öffentlicher Zuwendungsgeber (BMZ, EU-Kommission), freiwilligen Zuschüssen und Projektfördermitteln von Seiten der VENRO-Mitglieder sowie aus Spenden finanziert. Jeder Einzelhaushalt umfasste die Personal- und Sachaufwendungen für die Projektmaßnahmen.



<b>Bilanz zum 31. Dezember 2007</b>		<b>2007</b>		<b>2006</b>	
<b>AKTIVSEITE</b>					
		EUR		TEUR	
<b>A. Anlagevermögen</b>					
I. Sachanlagen					
	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.055,78		20	
II. Finanzanlagen					
	sonstige Ausleihungen	10.000,00		0	
<b>B. Umlaufvermögen</b>					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		63.852,15		69	
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		204.689,32		143	
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
		<u>297.597,25</u>		<u>232</u>	

<b>PASSIVSEITE</b>		<b>2007</b>		<b>2006</b>	
		EUR	EUR	TEUR	TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>					
	Verbandsvermögen	23.542,89		48	
	Betriebsmittelrücklage	95.454,26		40	
	Jahresüberschuss Stand 31.12.2007	<u>54.180,56</u>	173.177,71	31	119
<b>B. Rückstellungen</b>					
I. Steuerrückstellungen		0,00		4	
II. Sonstige Rückstellungen		<u>22.458,71</u>	22.458,71	44	48
<b>C. Verbindlichkeiten</b>					
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		18,37		0	
II. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		42.733,37		48	
III. sonst. Verbindlichkeiten, davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr davon aus Steuern: € 10.592,37 (Vorjahr: € 9.462,99 ) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 571,79 (Vorjahr: € 0,00)		57.711,59		10	
			100.463,33		58
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
			1.497,50		7
			<u>297.597,25</u>		<u>232</u>

## VENRO-Publikationen 2008

VENRO-Positionspapier zur zweiten Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha, 29. November bis 2. Dezember 2008  
**„Nachhaltige Finanzierung für Entwicklung und Armutsbekämpfung“** (dt./engl.), Juni 2008

VENRO-Positionspapier zum III. High Level Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra, 2. – 4. September 2008  
**„Mehr Entwicklungshilfe durch bessere Entwicklungszusammenarbeit – Armutsbekämpfung als Ziel der neuen Entwicklungsarchitektur stärken“**, Juni 2008

VENRO-Stellungnahme **„Wirksame Entwicklungszusammenarbeit durch Geschlechtergerechtigkeit“**, Juli 2008

VENRO-Positionspapier **„Der EU-Verhaltenskodex zur Komplementarität und Arbeitsteilung in der Entwicklungspolitik. Konsequenzen für die NRO-Arbeit aus Sicht von VENRO“** (dt./engl.), Juli 2008

VENRO-Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (AwZ) **„EZ und Außenwirtschaftsförderung“**, September 2008

VENRO-Hintergrundpapier zur **Globalen Nahrungsmittelkrise**, September 2008

VENRO-Positionspapier **„Perspektiven für Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan. Deutsche Hilfsorganisationen ziehen nach einem Jahr Bilanz“** (dt./engl.), Oktober 2008

VENRO-Erklärung zur Globalen Finanzkrise **„Finanzkrise droht Armut weltweit zu verschärfen“**, (dt./engl.), November 2008

VENRO-Positionspapier **„Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan: Eine Zwischenbilanz aus Sicht der deutschen Hilfsorganisationen“**, Januar 2009

Neuaufgabe Gender-Handreichung **„Gewusst wie – Gender in der Entwicklungszusammenarbeit“**, Übersetzung in das Englische, Französische und Spanische.

### Im Rahmen des Projekts **„Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“**

VENRO-Projekt Perspektive 2015 (Hrsg.): **„Paris Deklaration, Armutsbekämpfung, Partizipation – passt das zusammen? „2015 im Gespräch“** Heft 12, Dezember 2007

Dokumentation der VENRO-Veranstaltung **„Die zweite Weltkonferenz für Entwicklungsfinanzierung in Doha. Erwartungen und Forderungen aus Entwicklungspolitik und Zivilgesellschaft“**, Oktober 2008

VENRO-Projekt Perspektive 2015 (Hrsg.): **„Bildung als Schlüssel der Armutsreduzierung „2015 auf dem Campus“** Heft 3, Januar 2009

### Im Rahmen des Projekts **„Deine Stimme gegen Armut“**

**„Wort halten – Mehr deutsches Engagement für die Millenniums-entwicklungsziele“**, Juni 2008

**„Damit Armut einpacken kann“ – Schattenbericht zum deutschen Engagement für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele**, September 2008

**„Aktionen, Eindrücke, Politik 2008“**,(dt./engl.) Dezember 2008  
DSGA-Broschüre 2005 bis 2007 auf englisch, Februar 2008 (nur digital)

Alle Publikationen können unter [www.venro.org](http://www.venro.org) heruntergeladen oder kostenlos in der VENRO-Geschäftsstelle bestellt werden.

## VENRO-Mitglieder (Stand: Januar 2009)

action medeor e.V.– Deutsches Medikamenten Hilfswerk • ADRA - Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe e.V. • africa action / Deutschland e.V. \* • Ärzte der Welt e.V. • Ärzte für die Dritte Welt e.V. • Ärzte ohne Grenzen e.V. \* • Akademie Klausenhof • Aktion Canchanabury • Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) e.V. • Andheri-Hilfe Bonn e.V. • Arbeiter Samariter Bund Deutschland e.V. • AWO International e.V. • Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt Landesnetzwerke e.V. (agl) - Koordination • Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej) • Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. (AGEH) • Arbeitsgemeinschaft Entwicklungs-Ethnologie e.V. • AT-Verband \* • Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. • BONO-Direkthilfe e.V. • Brot für die Welt • Bruderschaft Salem GmbH \* • Bündnis Eine Welt Schleswig Holstein e.V. • Bund der Deutschen Katholischen Jugend • Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. • Care International Deutschland e.V. • Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala • CCF Kinderhilfswerk e.V. • Christliche Initiative Romero e.V. • Christoffel-Blindenmission e.V. • Das Hunger Projekt e.V. • DEAB – Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. • DESWOS – Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V. • Deutsche Kommission Justitia et Pax • Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V. • Deutsche Stiftung Weltbevölkerung • Deutsche Welthungerhilfe e.V. • Deutscher Caritasverband – Caritas International • Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband • Deutsches Blindenhilfswerk e.V. • Deutsches Komitee für UNICEF \* • Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge e.V. \* • Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat \* • DGB-Bildungswerk e.V. – Nord-Süd-Netz • Die Lichtbrücke e.V. • Difäm – Deutsches Institut für ärztliche Missionen e.V. • Dritte-Welt-JournalistInnen-Netz e.V. • Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. • Eine Welt Netz NRW • EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V. • Evangelische Akademien in Deutschland e.V. • Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. • FIAN Deutschland e.V. • Gemeinschaft Sant' Egidio e.V. • Germanwatch e.V. Nord-Süd-Initiative • Handicap International • HelpAge Deutschland e.V. • Hildesheimer Blindenmission e.V. \*Hilfswerk der deutschen Lions e.V. • humedica e.V. • Indienhilfe e.V. Herrsching • INKOTA - Ökumenisches Netzwerk e.V. • Internationaler Hilfsfonds e.V. • Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD) • Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer e.V. • Islamic Relief Deutschland • Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.– Johanniter International • Jugend Dritte Welt e.V. • Kairos Europa – Unterwegs zu einem Europa für Gerechtigkeit e.V. • Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie • KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung • Kindernothilfe e.V. • Lateinamerika-Zentrum e.V. • Malteser International • Marie-Schlei-Verein e.V. • materra – Stiftung Frau und Gesundheit e.V. • medica mondiale e.V. • medico international e.V. • Misereor Bischöfliches Hilfswerk e.V. • Missionszentrale der Franziskaner e.V. \* • Nationaler Geistiger Rat der Bahà'i in Deutschland e.V. • NETZ – Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. • ÖEIW – Ökumenische Initiative Eine Welt • OIKOS Eine Welt e.V. • Opportunity International • ORT Deutschland e.V. • Oxfam Deutschland e.V. • Peter-Hesse-Stiftung – Solidarität in Partnerschaft für eine Welt • Plan International Deutschland e.V. • Rhein-Donau-Stiftung e.V. \* • Rotary Deutschland Gemeindienst e.V. • Samhathi – Hilfe für Indien e.V. • Save the Children Deutschland e.V. • Senegalhilfe-Verein e.V. • SES – Senior Experten Service • SID – Society for International Development • Solidaritätsdienst-international e.V. • Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes e.V. • Stiftung Entwicklung und Frieden • Stiftung Nord-Süd-Brücken • Südwind e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene • Susila Dharma - Soziale Dienste e.V. • Terra Tech – Förderprojekte Dritte Welt e.V. • terre des hommes Bundesrepublik Deutschland e.V. • Tierärzte ohne Grenzen e.V.\* • TransFair – Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“ e.V. • VEN – Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. • VENROB – Verbund entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs • Weltfriedensdienst e.V. • WELTHAUS Bielefeld e.V. • Weltladen-Dachverband e.V. • Weltnotwerk der KAB Deutschlands • Werkhof e.V. • Werkstatt Ökonomie • World University Service (WUS) • Deutsches Komitee e.V. • World Vision Deutschland e.V. • W. P. Schmitz Stiftung • Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V.

\* Gastmitglied

**Herausgeber:**

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 94677-0  
Fax: 0228 94677-99  
E-Mail: sekretariat@venro.org  
Internet: www.venro.org

**Redaktion:** Kirsten Prestin, Heike Spielmans

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Fotonachweis:** Johannes Becker/pixelio.de (Titel, oben), Jürgen Stumpe (Titel, unten rechts), Jörg Peters (Titel, unten mitte), Jerzy/pixelio.de (Titel, unten links), Thomas Lohnes/Brot für die Welt (S. 4), Christof Krackhardt/Brot für die Welt (S. 5), Claudia Warning (S. 6), Peter van Hessen (S. 8), Johannes Becker/pixelio.de (S.10), Thomas Lohnes/Brot für die Welt (S. 11), Jürgen Stumpe (S.12), Jerzy/pixelio (S. 16), Gutschker/Welthungerhilfe (S. 17), Rainer Sturm/pixelio.de (S. 19), Wolf-Doettinchem (S. 20), Dieter Schütz/pixelio.de (S. 23)

**Layout:** i-gelb GmbH, Köln, www.i-gelb.de

**Druck:** Druckerei Engelhardt, Eisenerzstraße 26, 53819 Neunkirchen

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier (Öko Art matt)

Auflage: 2.000 Stück

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Bonn, März 2009

**VENRO** ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Zu den VENRO-Mitgliedern gehören 16 Eine-Welt-Landesnetzwerke. Sie repräsentieren etwa 2000 lokale entwicklungspolitische Initiativen und NRO.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

#### VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

**VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.**

[www.venro.org](http://www.venro.org)